

Polarisierung von Politik und Gesellschaft

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage

Februar 2019

**FORSCHUNGSGRUPPE
WAHLEN TELEFONFELD** 

FGW Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH
68161 Mannheim • N7, 13-15 • Tel. 0621/1233-0 • Fax: 0621/1233-199

© FGW Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH

N7, 13-15 • 68161 Mannheim
Tel. 0621/12 33-0 • Fax: 0621/12 33-199
E-Mail: info@forschungsgruppe.de
www.forschungsgruppe.de

Amtsgericht Mannheim HRB 6318
Geschäftsführer: Matthias Jung • Andrea Wolf

Februar/März 2019

Zur Studie „Polarisierung von Politik und Gesellschaft“

Für die Studie „Polarisierung von Politik und Gesellschaft“ hat die Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH für das Bundespresseamt vom 21. Januar bis 4. Februar 2019 in Deutschland insgesamt 2.029 zufällig ausgewählte Erwachsene mit deutscher Staatsbürgerschaft telefonisch befragt. Die Ergebnisse der Untersuchung sind repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Wenn nicht explizit anders erwähnt, sind alle Ergebnisse in Prozent angegeben. Methodische Einzelheiten werden im Anhang erläutert.

Die Studie ist inhaltlich in fünf Abschnitte gegliedert: Nach der Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse werden im zweiten Kapitel Ansichten und Bewertungen der Deutschen zum politischen System, zum politischen Diskurs und zum Zustand der Gesellschaft dokumentiert. Kapitel drei zeigt Basiseinstellungen zu gesellschaftspolitisch aktuell diskutierten Themen wie Integration und Flüchtlinge, Bildungschancen, soziale Gerechtigkeit, Kinderbetreuung, gleichgeschlechtliche Ehen und Globalisierung. Im vierten Teil geht es um Institutionen- und Elitenvertrauen, um die Haltungen der Deutschen zu ausgewählten Aspekten der politischen Partizipation und Repräsentation sowie um Einstellungen in Grundfragen der internationalen Politik. Kapitel fünf zeigt auf Basis von Faktorenanalysen drei zentrale Dimensionen von Polarisierung.

Neben demographischen, sozialen, ökonomischen oder geographischen Faktoren wurden auch generelle Parteisympathien ermittelt, die – losgelöst von spezifischen Wahlabsichten oder aktuellen politischen Stimmungen – beim Thema „Polarisierung von Politik und Gesellschaft“ eine analytisch hochrelevante Variable bilden. Darüber hinaus wurden auf Basis thematischer Einstellungen, ökonomischer Indikatoren und institutioneller Orientierungen drei spezifische Indizes erstellt, um die Intensität von Polarisierung in der Bevölkerung mit Blick auf die drei Dimensionen „gesellschaftspolitische Modernität“, „sozioökonomischer Status“ und „Institutionenvertrauen“ übergeordnet analysieren zu können.

Um Veränderungen oder Kontinuitäten in den Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger dokumentieren zu können, werden dort, wo es möglich ist und sinnvoll erscheint, Ergebnisse aus methodisch vergleichbaren Studien aus früheren Jahren ausgewiesen.

Inhalt

1.	Zusammenfassung	3
2.	Gesellschaft und politische Kultur	
2.1	Demokratie: Zufriedenheit und Staatsform	5
2.2	Politischer Diskurs: Politikinteresse, Streitkultur und Toleranz	6
2.3	Gesellschaft: Zustand und Zusammenhalt	9
2.4	Bevölkerung: Gesellschaftliche Konfliktlinien	11
2.5	Charakter Deutschlands	12
2.6	Gerechtigkeitsempfinden	13
3.	Thematische Polarisierung	
3.1	Probleme in Deutschland und wichtige politische Themen	14
3.2	Ausländer, Flüchtlinge und Asylsuchende	16
3.3	Soziale Gerechtigkeit und Bildungschancen	19
3.4	Kinderbetreuung und gleichgeschlechtliche Ehen	21
3.5	Globalisierung	23
4.	Institutionelle Polarisierung	
4.1	Institutionenvertrauen	25
4.2	Medienvertrauen	28
4.3	Spitzenpositionen	29
4.4	Beteiligungschancen und Repräsentation	30
4.5	Europäische Integration und internationale Konfliktlösung	33
5.	Indizes: sozioökon. Status, Modernität, Institutionenvertrauen	35
6.	Methodisch-statistische Anmerkungen	37

1. Zusammenfassung

Zentrale Konfliktlinien liegen vor, wenn es unterschiedliche Meinungen zu einem Thema gibt. Politisch relevant sind sie insbesondere dann, wenn die Themen als besonders wichtig bewertet werden und sie auf grundsätzliche Einstellungsmuster zurückgeführt werden können. Zu prüfen war deshalb, inwiefern unterschiedliche Einstellungen bei einer Reihe von politischen und gesellschaftlichen Einzelfragen auf grundlegendere Einstellungen und Sachverhalte zurückgeführt und damit auch erklärt werden können.

In dieser Studie ließen sich im Wesentlichen drei Polarisierungsdimensionen isolieren: Sozioökonomischer Status, modernes Gesellschaftsbild und Institutionenvertrauen. Neben den demografischen Dimensionen oder der Ost-West-Zugehörigkeit können diese bei den festgestellten Einstellungsunterschieden bei einer Reihe von Einzelfragen zur Erklärung herangezogen werden.

- Die **Demokratie** steht als Staatsform bei der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zwar nicht infrage, mit ihrem Funktionieren sind aber allen voran diejenigen Bürgerinnen und Bürger unzufrieden, deren sozioökonomisches Umfeld negativ ist, die gesellschaftspolitisch nicht modern eingestellt sind und/oder die nur geringes Institutionen- und Elitenvertrauen haben.

- Die Deutschen interessieren sich seit rund vier Jahren deutlich stärker für Politik als in den 1990er oder den 2000er Jahren; während die meisten das **Ausmaß an Streitkultur** in der Politik für gerade richtig halten, beklagt aber eine klare Mehrheit in politischen Debatten **fehlende Toleranz** für abweichende Meinungen.

- Die **Gesellschaft** gilt in ähnlichem Ausmaß wie vor zehn oder zwanzig Jahren als problembelastet. Neben grundsätzlich schwachem, und im Zeitvergleich nochmals rückläufigem **Zusammenhalt** sehen die Bürger die stärksten **Konfliktlinien** heute zwischen **Arm und Reich** sowie zwischen **Ausländern und Deutschen**. Bei dieser Einschätzung gibt es zwischen den sozialen und demographischen Bevölkerungsgruppen vergleichsweise hohen Konsens.

- Anders als bei der Frage, was man für die wichtigsten Probleme in Deutschland allgemein hält, gelten auf der **persönlichen Betroffenheitsebene** soziale Gerechtigkeit und gleiche Bildungschancen noch häufiger als **politisch wichtiges Thema** als Flüchtlinge und Asyl.

- Sehr wichtig ist den Befragten außerdem der **Erhalt dessen, was Deutschland ausmacht**. Die Einschätzung, ob das, was Deutschland ausmacht, allmählich verloren geht, führt zu heftiger Polarisierung in der Bevölkerung insgesamt und

variiert im Detail stark in Abhängigkeit von sozioökonomischem Umfeld, gesellschaftlicher Modernität, Institutionenvertrauen und politischen Präferenzen.

- Mit dem sozioökonomischen Umfeld, der gesellschaftlichen Modernität und den politischen Präferenzen der Deutschen stehen und fallen auch die Einstellungen zu **Ausländern und Flüchtlingen**: Bei schlechter Finanzlage, ökonomischen Abstiegssorgen, dem Gefühl persönlicher Benachteiligung oder fehlendem Optimismus, bei thematisch restriktiven bzw. konservativen Einstellungen und/oder bei vorhandenen AfD-Sympathien sprechen besonders viele von „Überfremdungsgefahr“ durch Ausländer und kritisieren die Unterstützung für Flüchtlinge.

- Neben gewachsenen Defiziten bei der **sozialen Gerechtigkeit** beklagen die meisten Deutschen mangelnde **Bildungsgerechtigkeit** und Defizite bei der **Kinderbetreuung** – und an dieser Stelle jetzt auch diejenigen in einer sozioökonomisch positiven Situation oder diejenigen mit hohem Institutionenvertrauen und mit viel gesellschaftspolitischer Modernität.

- Positiv bewertet die klare Mehrheit der Deutschen die **rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Ehen**. Allerdings polarisiert dieses Thema in den sozialen und demographischen Gruppen häufig stärker als die Themen Bildungschancen oder Ganztagsbetreuung.

- Polizei oder Gerichte genießen weitaus höheres Vertrauen als Parteien, Politiker oder die Kirchen. Mit Ausnahme der Polizei polarisieren diese Institutionen im Detail heftig. Das **Institutionenvertrauen** wird maßgeblich mitbestimmt von sozioökonomischen Faktoren, der gesellschaftlichen Modernität und politischen Orientierungen. Effekte zeigen teilweise aber auch das Alter oder die Ost-West-Dimension. Geschlecht oder formales Bildungsniveau sind hier weniger relevant.

- Wenn die Bürger ihre **Beteiligungschancen im politischen Prozess** ausloten, ist Bildung ein zentraler Faktor: Je höher das formale Bildungsniveau, desto mehr Einfluss schreiben sie sich auf politisches Handeln zu. Relativ schwach werden diese Chancen im Osten oder unter ökonomisch Schwachen bewertet.

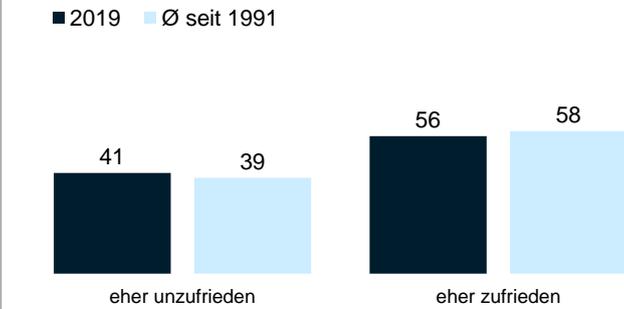
- Für die **EU** wünschen sich noch mehr Deutsche als vor wenigen Jahren einen stärkeren **Zusammenschluss der Mitgliedsstaaten**. Bei **internationalen Konflikten** verstärkt sich der Ruf nach mehr **deutschem Engagement**. Im Detail gehen aber auch hier die Meinungen weit auseinander. Einmal mehr sind es auch hier ein schwieriges sozioökonomisches Umfeld, gesellschaftspolitisch nicht moderne Einstellungen und/oder ein nur geringes Institutionenvertrauen, die zu besonders starken Abweichungen zur Gesamtheit führen.

2. Gesellschaft und politische Kultur

2.1 Demokratie: Zufriedenheit und Staatsform

56% der Deutschen sind mit der Demokratie zurzeit eher zufrieden, 41% sind eher unzufrieden. Damit bewegt sich die **Zufriedenheit mit der Demokratie** bei dieser Bestandsaufnahme zwar unter dem Durchschnittsniveau der letzten rund fünf Jahre, entspricht aber praktisch genau dem kumulierten Mittel im vereinten Deutschland.

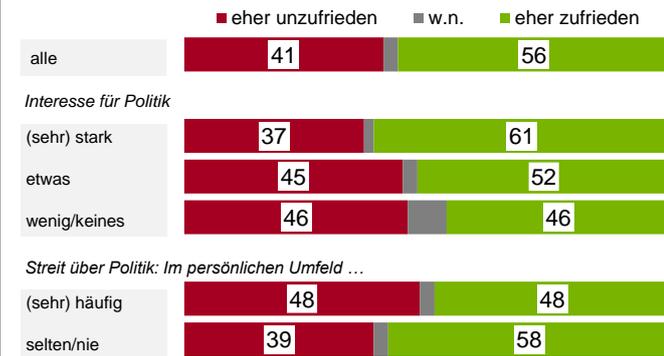
Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland



FGW Telefonfeld: Polarisierung 01-02/2019; Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer

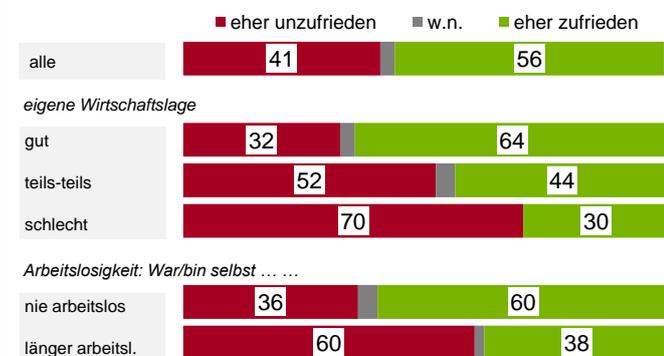
Im Osten ist die Zufriedenheit mit der Demokratie traditionell deutlich schwächer als im Westen der Republik (42% bzw. 59%); Relativ viel Unzufriedenheit gibt es speziell unter Männern mittleren Alters sowie unter Befragten, in deren Umfeld häufig über Politik gestritten wird. Noch stärkeren Einfluss als Alter, Bildung oder Politikinteresse haben die eigene finanzielle Lage und die persönlichen wirtschaftlichen Perspektiven. Eine Rolle spielen auch persönliche Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit: Befragte, die selbst arbeitslos sind oder dies seit 1990 einmal für längere Zeit waren, sind weit überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit der Demokratie.

Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland



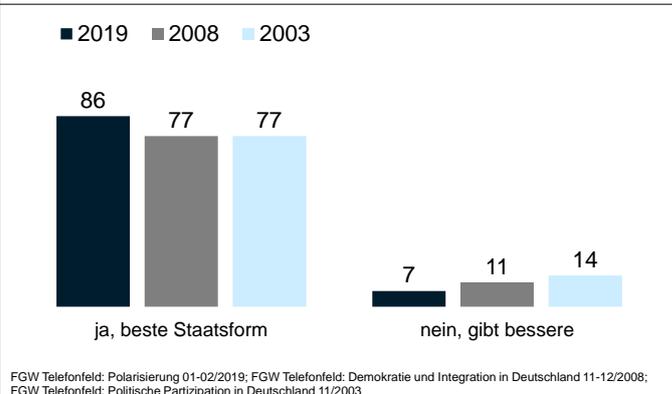
FGW Telefonfeld: Polarisierung 01-02/2019

Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland



FGW Telefonfeld: Polarisierung 01-02/2019

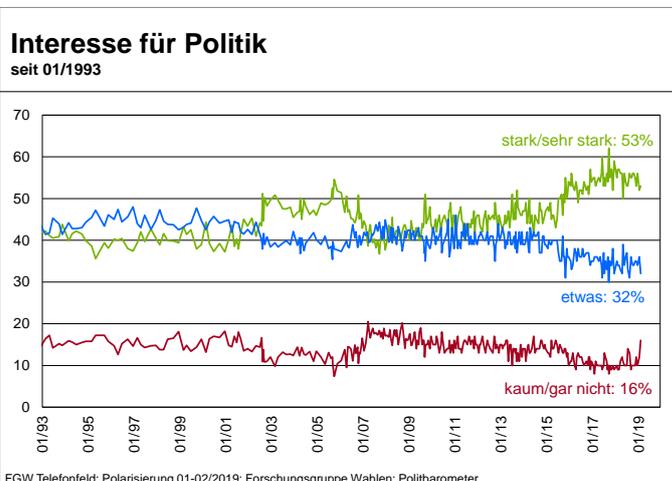
Demokratie: Beste Staatsform für Deutschland?



Obwohl zahlreiche Deutsche mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind, steht die Demokratie als Verfassungsmodell nicht in Frage: 86% der Befragten (2008 und 2003: 77%) halten die **Demokratie** für die beste **Staatsform für Deutschland**, für 7% gibt es eine andere Staatsform,

„die besser ist“, 7% können oder wollen dies nicht bewerten. Diese Einschätzung wird von ausnahmslos allen untersuchten sozialen, demographischen, politischen und ökonomischen Gruppen geteilt. Somit unterscheidet sich diese grundsätzliche Bewertung der Demokratie als Staatsform deutlich von der aktuellen Zufriedenheit mit der Demokratie, bei der es – geprägt auch durch das politische Tagesgeschäft – deutlich mehr Polarisierung und im Zeitverlauf stärkere Schwankungen gibt.

2.2 Politischer Diskurs: Politikinteresse, Streitkultur und Toleranz



Das Interesse an Politik bewegt sich seit rund vier Jahren auf überdurchschnittlichem Niveau: 53% der Wahlberechtigten haben nach eigenen Angaben ein (sehr) starkes **Interesse für Politik**. Im Detail sind dies deutlich mehr Männer als Frauen (62% bzw. 43%), wobei hier wie dort das Interesse

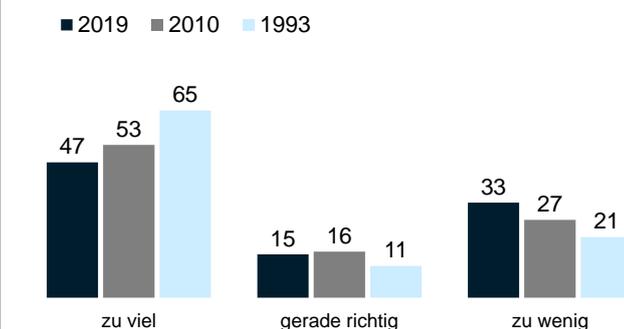
mit steigendem Alter wächst. Zudem wächst dieses signifikant mit dem formalen Bildungsniveau. Ost-West-Differenzen gibt es praktisch keine. Konträr zu den meisten anderen Einstellungen, Bewertungen und Haltungen der Deutschen bei dieser Studie „Polarisierung von Politik und Gesellschaft“ gibt es beim Interesse für Politik hinsichtlich des sozioökonomischen Status der Befragten nur schwache Unterschiede (Details zur Indizierung von sozioökonomischem Status, gesellschaftlicher Modernität und Institutionenvertrauen vgl. Kap. 5).

Nach Ansicht von 47% der Befragten wird bei uns in wichtigen politischen Fragen „zu viel“ gestritten, 15% bezeichnen das Ausmaß in der **politischen Streitkultur** als „gerade richtig“ und – mit zunehmender Tendenz – finden 33%, dass in der Politik „zu wenig“ gestritten wird. Während zwischen Ost und West fast keine und zwischen Rentnern und Berufstätigen nur geringe Meinungsverschiedenheiten existieren, gibt es sehr deutliche bildungsspezifische Differenzen. Unter Befragten mit politischer Nähe zur Union gibt es für eine klare Mehrheit „zu viel“ Streit. Im AfD- und FDP-Lager sagt

eine knappe Mehrheit „zu viel“. Unter SPD-nahen Befragten gibt es keine vorherrschende Meinung. Linke- und Grüne-nahe Befragte kritisieren dagegen mehrheitlich, dass wichtige politische Debatten nicht kontrovers genug geführt werden.

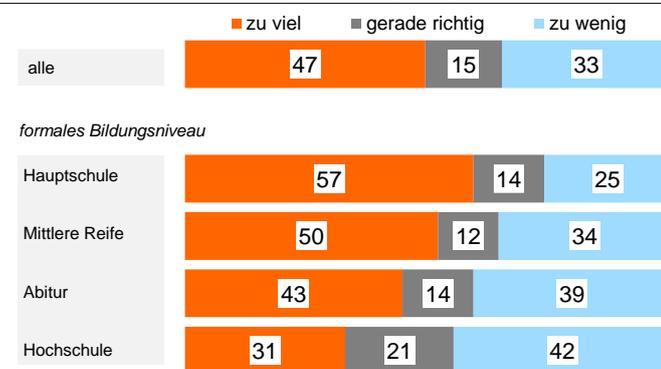
In ihrem **persönlichen Umfeld**, so zusammengenommen 22% der Befragten, kommt es **bei Gesprächen über politische Themen** sehr häufig (3%) oder häufig (18%) zu **Streit**, zusammengenommen 73% sagen „nicht so häufig“ (47%) oder „nie“ (26%) und 5% bemerken, dass sie grundsätzlich nicht über Politik sprechen.

Streit in der Politik in wichtigen Fragen



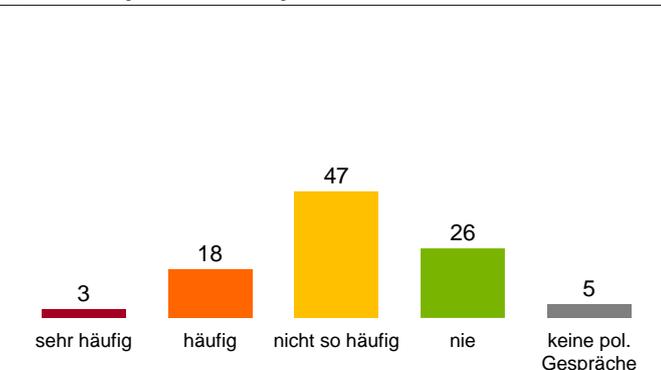
FGW Telefonfeld: Polarisierung 01-02/2019; ipos: Führung, Verantwortung, Vertrauen 10/2010; Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer 10/1993

Streitkultur in der Politik: „In der Politik wird bei uns in wichtigen Fragen gestritten...“

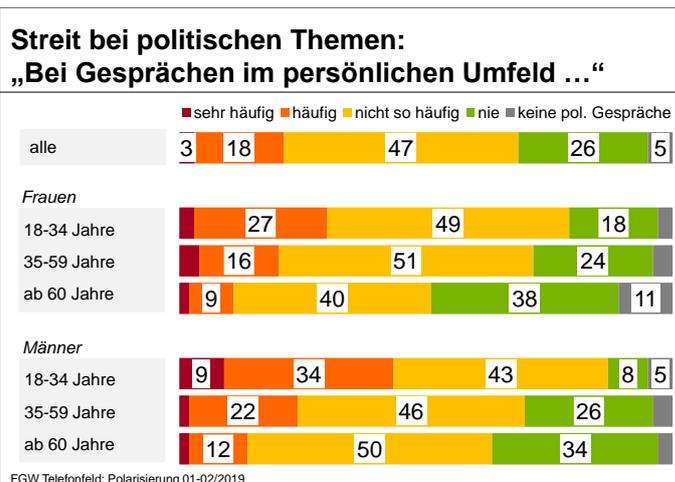


FGW Telefonfeld: Polarisierung 01-02/2019

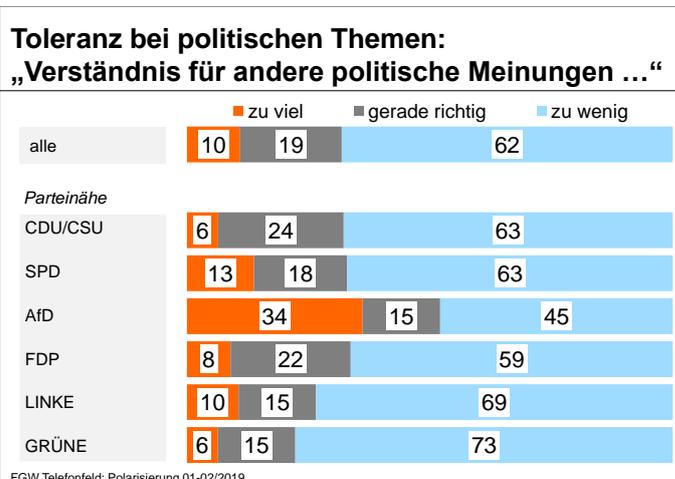
Streit bei politischen Themen: „Bei Gesprächen im persönlichen Umfeld ...“



FGW Telefonfeld: Polarisierung 01-02/2019



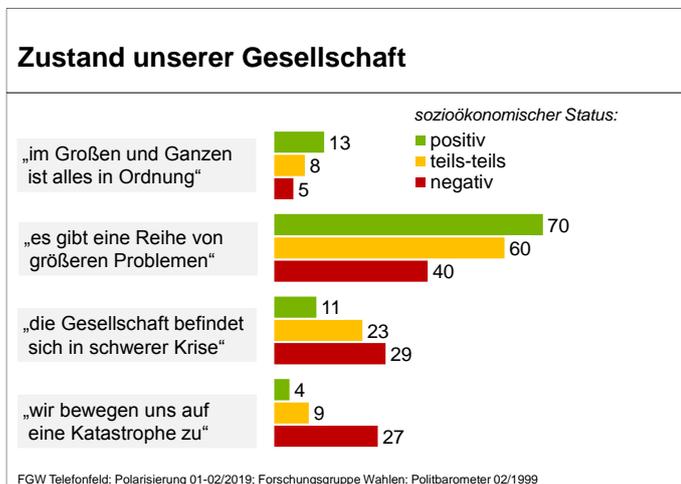
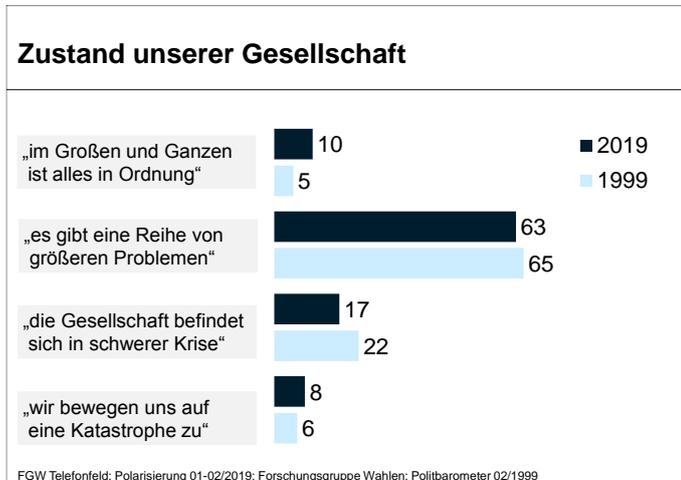
Die politische Streitkultur im persönlichen Umfeld ist zunächst eine Frage von Alter und/oder Geschlecht. Die deutlichsten Gegensätze lassen sich hierbei zwischen jungen Männern und älteren Frauen identifizieren. Bei SPD-, AfD- und Linke-nahen Befragten kommt Streit bei politischen Themen etwas häufiger vor als bei Unions- oder Grünen-nahen Befragten. Unter Befragten, die mit der Demokratie unzufrieden sind und/oder die nur ein schwaches Vertrauen in politische Institutionen haben, wird nur unwesentlich häufiger gestritten als in der Gesamtheit. Zwischen Ost und West oder mit Blick auf den sozioökonomischen Status der Befragten gibt es in puncto Streitkultur bei politischen Themen ebenfalls keine auffälligen Abweichungen.



Ganz allgemein – und ohne Ost-West-Unterschiede – vermissen die Deutschen in politischen Debatten Toleranz: Nach Ansicht von 62% aller Wahlberechtigten sowie Mehrheiten in praktisch allen sozialen und demographischen Gruppen haben die meisten Menschen „zu wenig Verständnis“ für andere politische Meinungen. 10% sagen „zu viel“ und 19% halten das Maß an Verständnis in politischen Auseinandersetzungen für „gerade richtig“ (weiß nicht: 8%). Deutliche Abweichungen zur Gesamtheit gibt es bei dieser Bewertung unter Befragten mit politischer Nähe zur AfD.

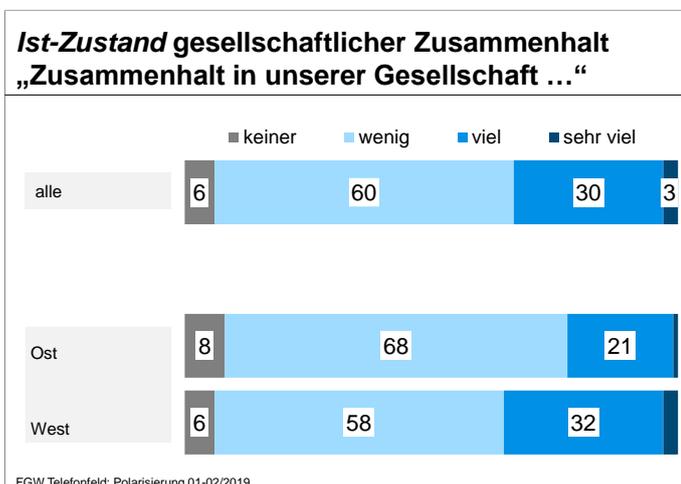
2.3 Gesellschaft: Zustand und Zusammenhalt

Tendenziell wie seit Beginn der 1990er Jahre wird der **Zustand unserer Gesellschaft** mehrheitlich als problembelastet wahrgenommen. Konkret ist zurzeit für 10% aller Befragten gesellschaftlich „alles in Ordnung“, 63% sehen eine „Reihe von größeren Problemen“, für 17% befindet sich unsere Gesellschaft zurzeit „in einer schweren Krise“ und 8% befürchten, dass wir uns „auf eine Katastrophe“ zubewegen. Im Detail sehen Frauen die Lage etwas skeptischer als Männer. Befragte im Osten sind etwas skeptischer als Befragte im Westen. Die Begriffe „schwere Krise“ oder „Katastrophe“ wählen

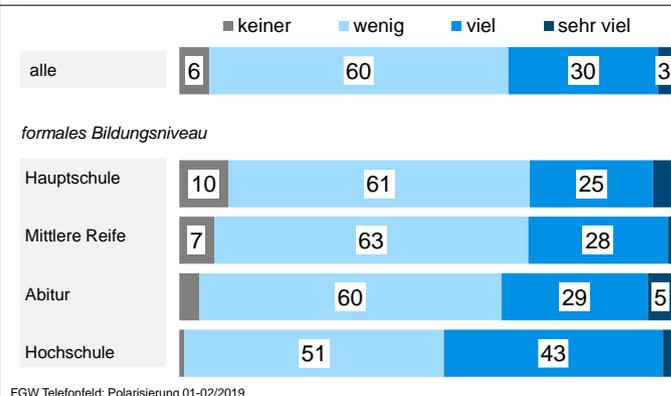


deutlich mehr Menschen mit formal niedrigem Bildungsniveau als diejenigen mit einem Hochschulabschluss. Besonders pessimistisch sind die Befragten mit negativem sozioökonomischen Status sowie Befragte mit Nähe zur AfD: In der letztgenannten Gruppe sprechen 36% von „schwerer Krise“ und für 38% aus dem AfD-Lager bewegen wir uns „auf eine Katastrophe“ zu.

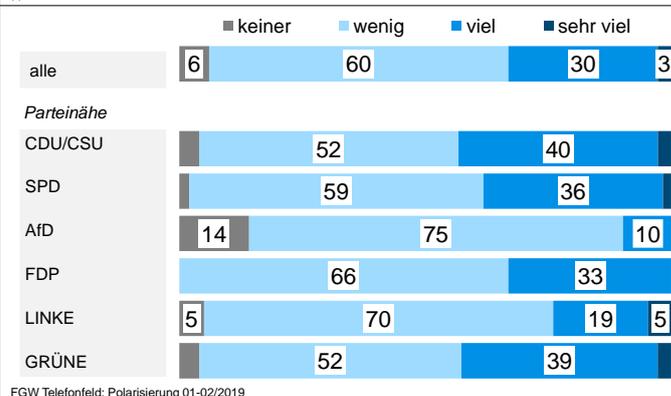
Nach Ansicht von 33% aller Befragten gibt es **in unserer Gesellschaft** viel (30%) oder sehr viel (3%) **Zusammenhalt**, für insgesamt 66% der Deutschen ist der gesellschaftliche Konnex weniger (60%) oder gar nicht (6%) ausgeprägt.



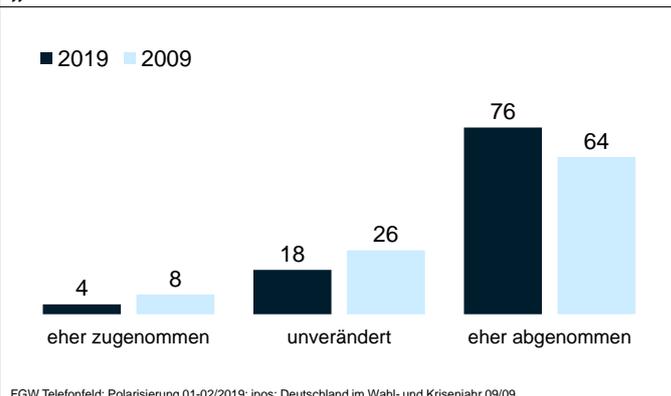
Ist-Zustand gesellschaftlicher Zusammenhalt „Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ...“



Ist-Zustand gesellschaftlicher Zusammenhalt „Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ...“



Veränderung gesellschaftlicher Zusammenhalt „Zusammenhalt hat in den letzten Jahren ...“



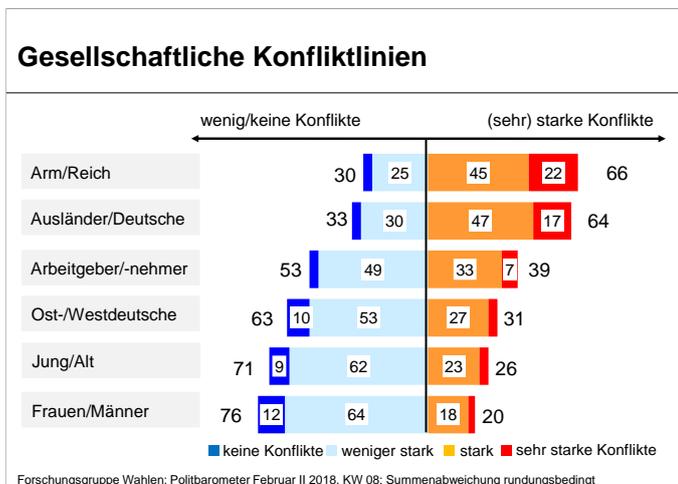
Zwischen Männern und Frauen gibt es bei dieser Einschätzung nur geringe, und zwischen Rentnern und Berufstätigen praktisch keine Unterschiede. Dass es **in unserer Gesellschaft** nur wenig bzw. keinen Zusammenhalt gibt, meinen mehr Befragte im Osten als im Westen sowie mehr Befragte mit formal niedrigem Bildungsniveau als Befragte mit höheren Schulabschlüssen. Überproportional häufig von mangelndem Zusammenhalt sprechen zudem Befragte mit einem sozioökonomisch negativen Status sowie Befragte mit politischer Nähe zur Linken bzw. zur AfD.

Hohen Konsens in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen gibt es mit Blick auf die Entwicklung von gesellschaftlicher Solidarität: Bei viel Einigkeit zwischen Männern und Frauen, Ost und West oder jüngeren und älteren Menschen bemerken 76% aller Deutschen, dass der **Zusammenhalt in der**

Gesellschaft in den letzten Jahren eher abgenommen hat – nochmals sichtbar mehr Befragte als vor rund zehn Jahren. 4% der Befragten konstatieren eine Zunahme im gesellschaftlichen Gemeinsinn und für 18% hat sich diesbezüglich in den letzten Jahren nicht viel geändert.

2.4 Bevölkerung: Gesellschaftliche Konfliktlinien

Bei der Einordnung verschiedener **gesellschaftlicher Konfliktlinien** sehen die Deutschen zwischen Arm und Reich die größten Gegensätze: Zwei Drittel der Wahlberechtigten sprechen hier von starken oder sehr starken Konflikten. Ebenfalls als konfliktbeladen wird das Miteinander von Ausländern



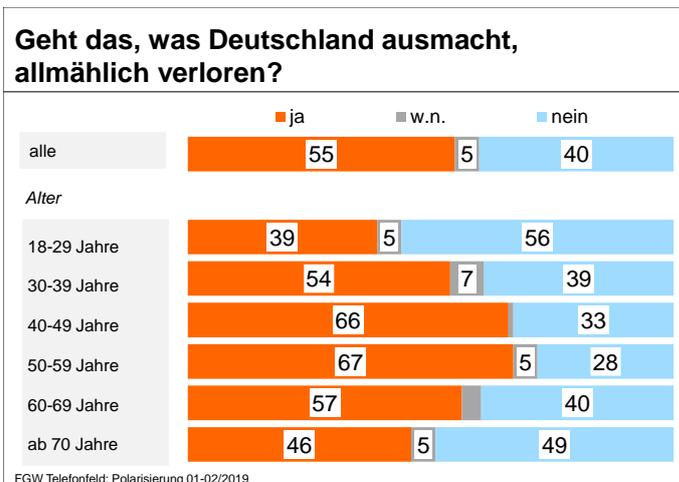
und Deutschen bewertet. Als überwiegend unproblematisch gilt das Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Weniger große Konflikte sehen die Bundesbürger zwischen den Ost- und Westdeutschen sowie zwischen jungen und alten Menschen in unserem Land. Das geringste Konfliktpotenzial identifizieren die Deutschen schließlich zwischen Männern und Frauen, wobei dann im Detail – wie bei den anderen eher konfliktarmen Bereichen – hier nur wenige von einem wirklich völlig spannungsfreien Verhältnis sprechen.

Was das Verhältnis zwischen Arm und Reich betrifft, sind sich alle sozialen, demographischen und politischen Gruppen weitgehend einig, dass es starke Konflikte gibt. Im Detail sagen auch 64% der Befragten, denen es finanziell gut geht, und 65% derjenigen mit grundsätzlich positivem sozio-

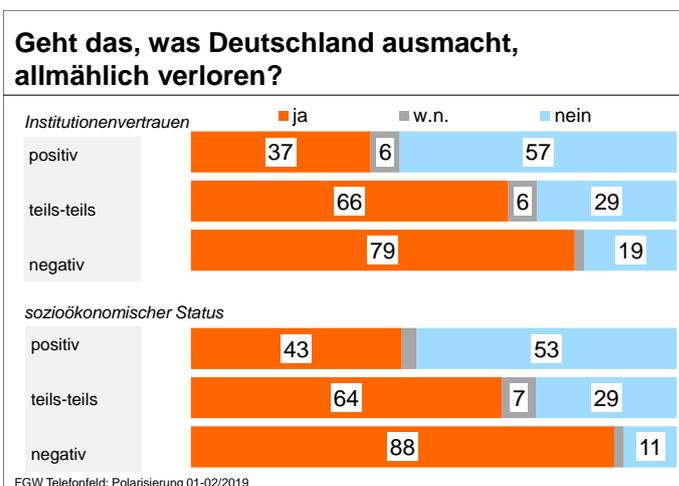


ökonomischen Status, dass es zwischen Arm und Reich (sehr) große Gegensätze gibt. Stärker ambivalent wird das Konfliktpotenzial zwischen Ausländern und Deutschen wahrgenommen: Unter anderem die unter 60-Jährigen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen, Befragte mit negativem sozioökonomischen Status, Befragte mit wenig gesellschaftlicher Modernität oder Befragte mit politischer Nähe zu AfD sehen hier überproportional häufig Gegensätze.

2.5 Charakter Deutschlands



meinen deutlich mehr Befragte mit niedrigeren als mit höheren Schulabschlüssen. Außerdem meinen das überproportional viele Bürgerinnen und Bürger aus den mittleren Altersgruppen. 63% im Osten und 54% im Westen finden, dass das, was Deutschland ausmacht, allmählich verloren geht. Unter AfD-nahen Befragten meinen das sogar 94%.



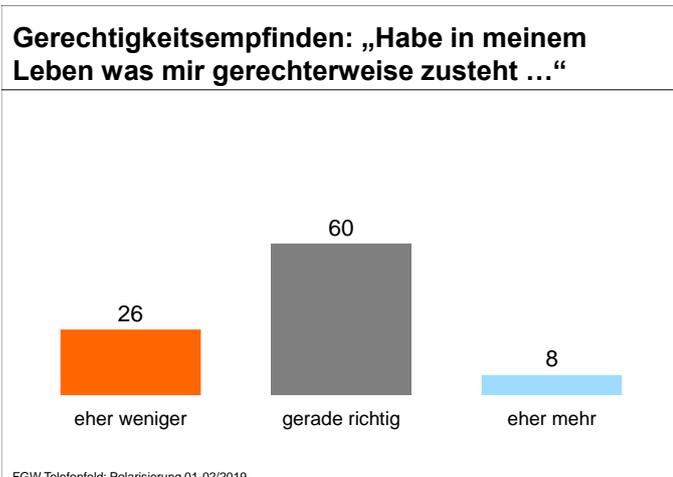
Hochrelevant sind bei dieser Einschätzung sozio-ökonomische Faktoren sowie das Institutionenvertrauen. Dass das, was Deutschland ausmacht, allmählich verloren geht, sagen besonders viele, die bei den ökonomischen Indikatoren persönliche Wirtschaftslage und persönliche Wirtschaftsaussichten, Zukunftsoptimismus und Gerechtigkeitsempfinden überwiegend pessimistisch sind. Sowie diejenigen, die mit der Besetzung von Führungspositionen oder allgemein mit Politikern, Parteien und der Demokratie unzufrieden sind.

Zu besonders starker Polarisierung führt – insgesamt wie auch zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen – die Frage, ob **das, was Deutschland ausmacht, allmählich verloren geht**: 55% aller Befragten glauben das, 40% glauben das nicht. Dass das, was Deutschland ausmacht, allmählich verloren geht,

Hochrelevant sind bei dieser Einschätzung sozio-ökonomische Faktoren sowie das Institutionenvertrauen. Dass das, was Deutschland ausmacht, allmählich verloren geht, sagen besonders viele, die bei den ökonomischen Indikatoren persönliche Wirtschaftslage und persönliche Wirtschaftsaussichten, Zukunftsoptimismus und Gerechtigkeitsempfinden überwiegend pessimistisch sind. Sowie diejenigen, die mit der Besetzung von Führungspositionen oder allgemein mit Politikern, Parteien und der Demokratie unzufrieden sind.

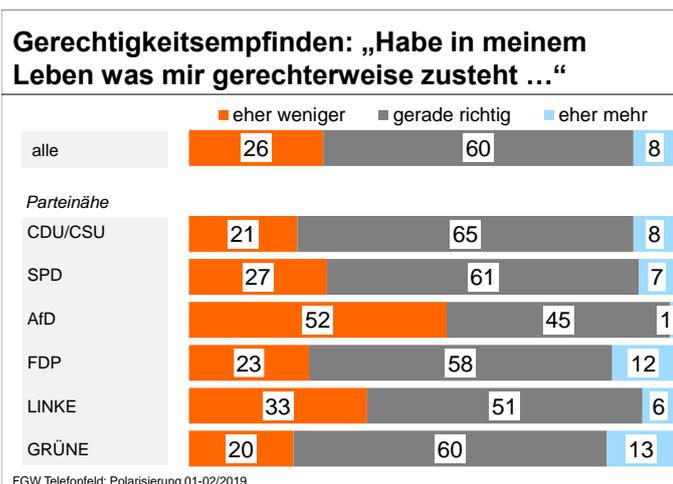
2.6 Gerechtigkeitsempfinden

Gut ein Viertel der Deutschen fühlt sich im Leben ganz allgemein benachteiligt: Nach eigenem Dafürhalten haben 26% aller Befragten „in ihrem gegenwärtigen Leben eher weniger, als mir gerechterweise zusteht“. 8% sagen hier „eher mehr“ und eine klare Mehrheit von 60% der Deutschen meint,



dass sie „ungefähr das hat, was mir gerechterweise zusteht“. Weitere 6% der Befragten wollen oder können auf diese Frage nicht antworten.

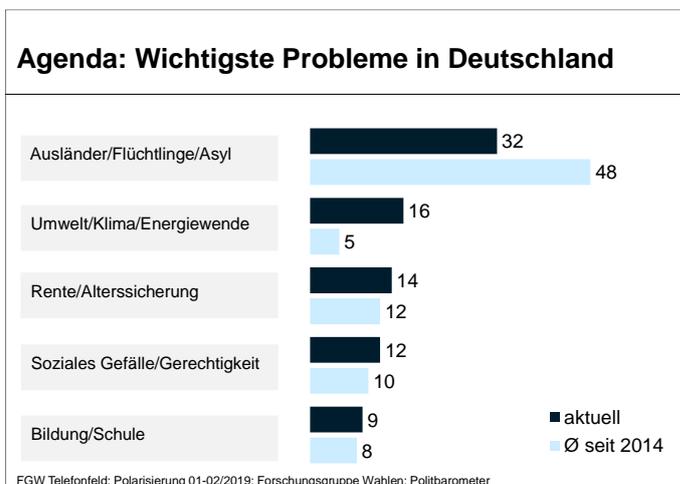
Ähnlich wie beim Zukunftsoptimismus korrespondiert das **Gerechtigkeitsempfinden** stark mit der ökonomischen Situation: 70% der Befragten, denen es wirtschaftlich schlecht geht, fühlen sich ganz allgemein benachteiligt. Dass sie im Leben eher benachteiligt sind, bemerken außerdem weit



überdurchschnittlich viele Befragte mit AfD-Nähe. Auch diejenigen mit geringem Institutionenvertrauen oder Bürgerinnen und Bürger, die bei polarisierenden Themen eher restriktiv orientiert sind, fühlen sich besonders häufig benachteiligt.

3. Thematische Polarisierung

3.1 Probleme in Deutschland und politisch wichtige Themen



Wenn die Bundesbürger vorgabenfrei nach den **wichtigsten Problemen in Deutschland** gefragt werden, entfallen – bei zwei möglichen Nennungen – 32% aller Antworten auf den Bereich Flüchtlinge, Asyl, Ausländer und Integration. Damit bleibt dieser Themenblock zwar auch Anfang 2019 vorherr-

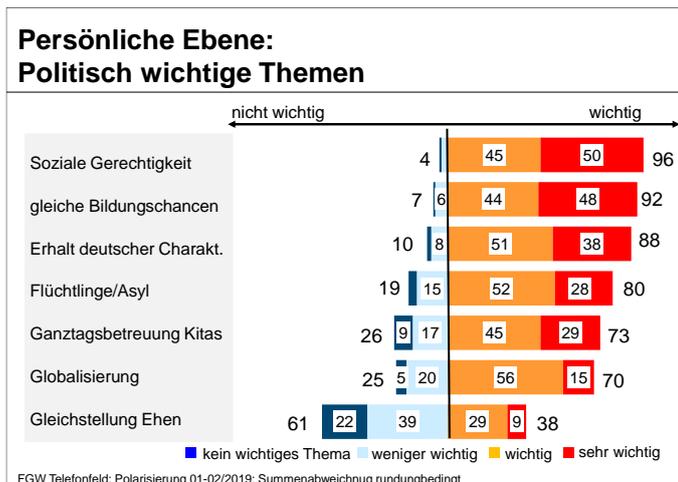
schend, besitzt aber weit weniger Relevanz als im Schnitt der letzten fünf Jahre: Während der Hochphase der Flüchtlingsdebatte im dritten und vierten Quartal des Jahres 2015 regelmäßig bei mehr als 80%, erzielte der Bereich Flüchtlinge, Asyl, Ausländer und Integration seit 2014 durchschnittlich 48%.

Bemerkenswert ist bei der Problemagenda der meist hohe Konsens in den Bevölkerungsgruppen: Beim Top-Thema Flüchtlinge, Asyl, Ausländer und Integration gibt es zwischen den Geschlechtern, zwischen den Altersgruppen oder zwischen Ost und West nur geringe Unterschiede.

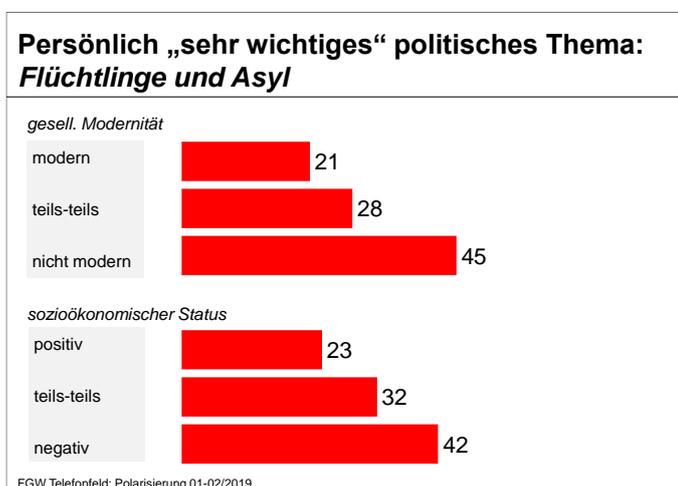
Relevant bei der Wahrnehmung von Problemen sind eher gesellschaftspolitische Grundhaltungen sowie persönliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen: Für Befragte, die bei konkreten Fragen zu Integration, Gleichstellung und Globalisierung bzw. zum Wandel unseres Landes eher restriktive Positionen besetzen sowie für diejenigen mit sozioökonomisch negativem Status, ist überproportional häufig der Bereich Flüchtlinge, Asyl, Ausländer und Integration das größte Problem. Erwartungsgemäß bezeichnen auch weit überdurchschnittlich viele AfD-nahe Befragte den Bereich Flüchtlinge, Asyl, Ausländer und Integration als größtes Problem. Für besonders viele Grüne-nahe Befragte liegen die größten Herausforderungen im Bereich Umwelt und Energiewende.

Das nach Meinung der Deutschen für unser Land größte Problem, Flüchtlinge und Asyl, besitzt für die Befragten auch individuell viel Relevanz. Allerdings gibt es dann auf der **persönlichen Ebene** gleich mehrere weitere **wichtige politische Themen**, denen die Bürgerinnen und Bürger nachhaltige Bedeutung

zumessen. Nochmals mehr Gewicht als persönlich wichtiges politisches Thema haben demnach die Bereiche Soziale Gerechtigkeit und gleiche Bildungschancen sowie dass das, „was Deutschland ausmacht“, erhalten bleibt. Etwas weniger Gewicht haben dann die Themen Ganztagsbetreuung für Kinder und Globalisierung. Für die Gesamtheit als politisches Thema eher irrelevant ist schließlich die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Ehen. Hierbei werden die erheblichen Einstellungsunterschiede wie auch bei den anderen abgefragten Themenbereichen meist erst durch eine weitergehende Differenzierung nach „sehr wichtig“, „wichtig“, „weniger wichtig“ und „nicht wichtig“ sichtbar.



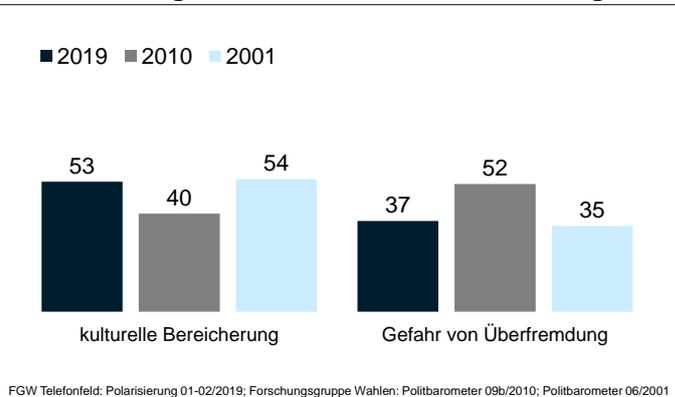
Was die persönliche Wichtigkeit als politisches Thema betrifft, gibt es vor allem beim Thema **Flüchtlinge und Asyl** große Unterschiede. Insgesamt ist dieser Bereich für 28% aller Befragten ein „sehr wichtiges“ politisches Thema. Während sich nur geringe Abweichungen zwischen Ost und West



oder zwischen Männern und Frauen ausmachen lassen, spielen politische Präferenzen, sozioökonomischer Status und gesellschaftspolitische Grundhaltungen eine große Rolle: Neben AfD-nahen Befragten bezeichnen Flüchtlinge und Asyl zum einen besonders viele Befragte als politisch wichtiges Thema, die bei den Indikatoren persönliche Wirtschaftslage, Zukunftsoptimismus und Gerechtigkeitsempfinden pessimistisch sind. Und zum anderen diejenigen, die bei verschiedenen aktuell diskutierten Themen eher restriktive Positionen vertreten.

3.2 Ausländer, Flüchtlinge und Asylsuchende

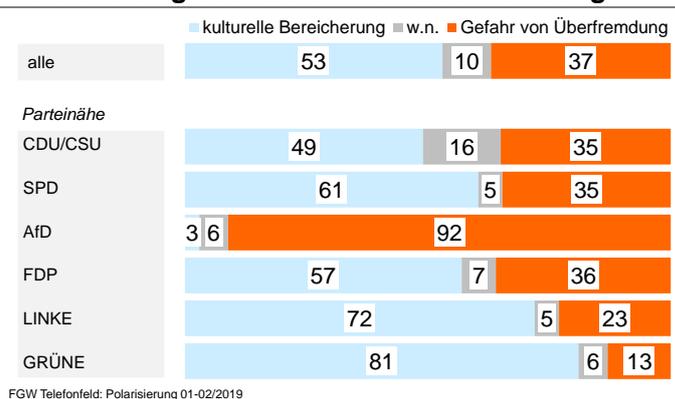
Ausländer in Deutschland: Eher kulturelle Bereicherung oder Gefahr von Überfremdung?



Zurzeit sehen 37% der Deutschen in den hierzulande lebenden Ausländern „eher **die Gefahr einer Überfremdung**“, 53% hingegen „eher **eine kulturelle Bereicherung**“, 10% legen sich nicht fest. Ein längerfristiger Trend lässt sich hierbei aber nicht ausmachen: Bei diesem Thema gab es im verein-

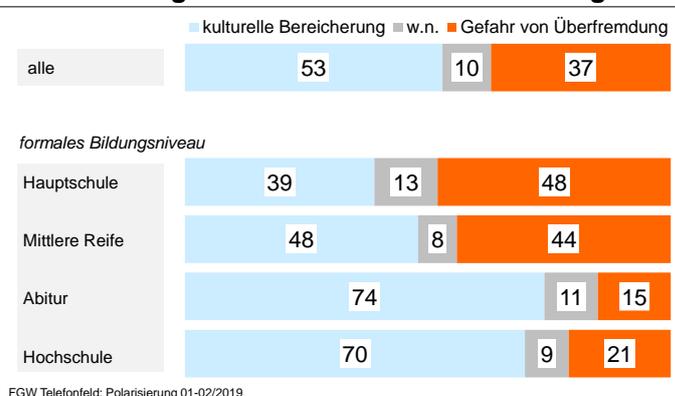
ten Deutschland – immer auch im Kontext von Tagesgeschehen und Ereignissen – schon häufiger unterschiedliche Mehrheiten.

Ausländer in Deutschland: Eher kulturelle Bereicherung oder Gefahr von Überfremdung?



Erhebliche Effekte zeigen zunächst politische Präferenzen: Im AfD-Lager sprechen gut neun von zehn Befragten von „Überfremdungsgefahr“. Im Linke- und Grünen-Lager sagen rund drei Viertel „kulturelle Bereicherung“. Zudem fallen die Einstellungsunterschiede auch in den demographischen Gruppen stark ins Gewicht: Überproportional viele jüngere Menschen stellen die kulturelle Bereicherung in den Vordergrund, darunter allen voran jüngere Frauen. Des Weiteren gibt es ein klares Bildungsgefälle sowie Differenzen in Abhängigkeit von der Ortsgröße oder vom Wohnort. Für 34% im Westen, aber

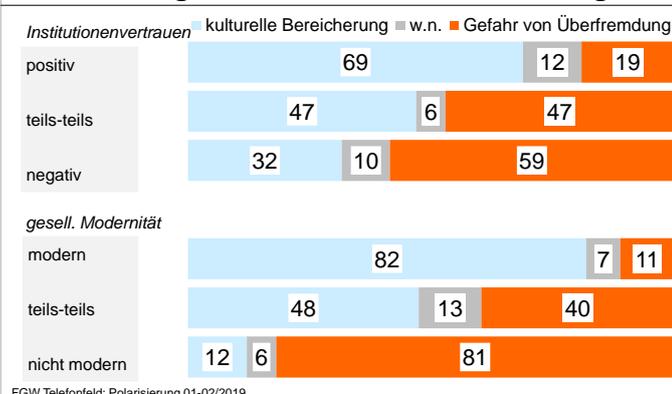
Ausländer in Deutschland: Eher kulturelle Bereicherung oder Gefahr von Überfremdung?



für 48% im Osten überwiegt die „Überfremdungsgefahr“.

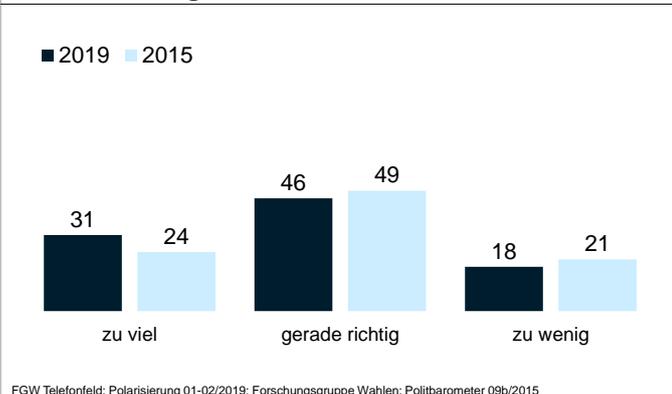
Neben strukturellen oder geographischen Faktoren lassen sich besonders markante Einstellungsunterschiede auch entlang ökonomischer Indikatoren identifizieren: Insbesondere Bürgerinnen und Bürger in einer privatwirtschaftlich angespannten Situation, diejenigen, die perspektivisch eine Verschlechterung ihrer eigenen finanziellen Lage erwarten sowie diejenigen, die auch ganz allgemein eher pessimistisch in die Zukunft blicken, sehen in den bei uns lebenden Ausländern „eher die Gefahr einer Überfremdung“. Schließlich zeigen auch die indizierten Variablen Institutionenvertrauen und gesellschaftliche Modernität eindeutige Ergebnisse: Unter den – ganz allgemein – mit Parteien, Politikern, Führungskräften und/oder mit der Demokratie unzufriedenen Deutschen sprechen fast drei von fünf von „Überfremdungsgefahr“; unter gesellschaftspolitisch nicht modern orientierten Befragten sind dies sogar fast vier von fünf.

Ausländer in Deutschland: Eher kulturelle Bereicherung oder Gefahr von Überfremdung?



Mehrheitlich zustimmend, und nur marginal reservierter als während der Hochphase des Flüchtlingszuzuges im Sommer 2015, bewerten die Deutschen ganz allgemein die Unterstützungs- und Hilfeleistungen für die Schutzsuchenden: Dass bei uns in Deutschland **für Flüchtlinge und Asylbewerber**

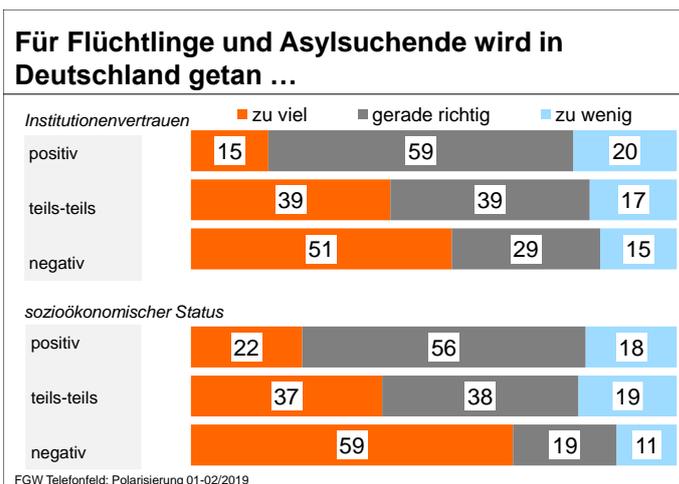
Für Flüchtlinge und Asylsuchende wird in Deutschland getan ...



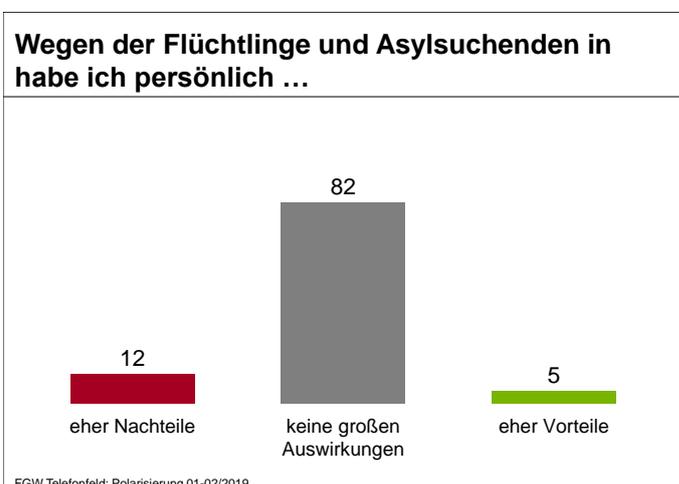
„zu viel“ getan werde, meinen 31% aller Befragten, für 18% wird „zu wenig“ getan. Eine relative Mehrheit von 46% bezeichnet die entsprechenden Anstrengungen als „gerade richtig“, wobei dieses Thema im Detail zu starker Polarisierung führt.

Dass für Flüchtlinge und Asylbewerber bei uns „zu viel“ getan wird, bemerken 29% mit politischer Nähe zur CDU/CSU, 25% mit SPD-, 86% mit AfD-, 35% mit FDP-, 14% mit Linke- und 10% mit Grünen-Nähe. „Zu viel“ sagen 29% der Be-

fragten im Westen und 39% im Osten, außerdem 23% der Befragten mit (sehr) starkem Politikinteresse, aber 44% derjenigen mit wenig bis keinem Interesse an Politik. Während Konfession, Gewerkschaftsbindung oder Berufstätigkeit eher schwach zum Tragen kommen, gibt es erneut starke Bildungseffekte: Dass „zu viel“ getan werde, sagen weitaus mehr Befragte mit formal niedrigem Bildungsniveau als diejenigen mit höheren Schulabschlüssen.



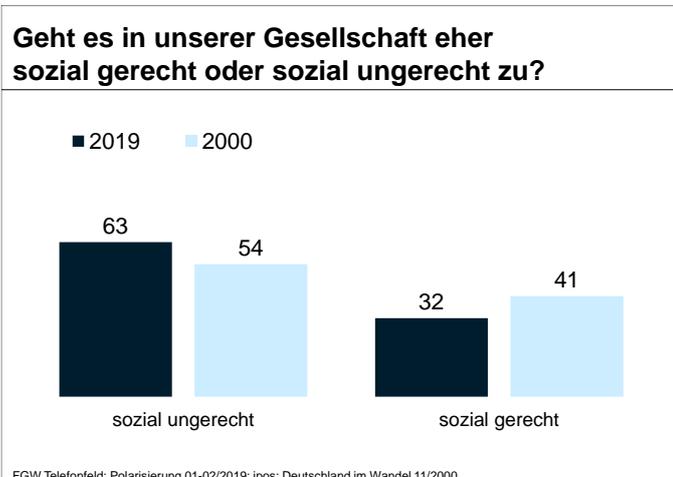
Eine Rolle spielen bei dieser Frage auch das Institutionenvertrauen, die gesellschaftliche Modernität sowie der sozioökonomische Status der Befragten: Dort, wo Demokratie, Parteien und (politische) Eliten kritisch gesehen werden sowie in den von sozioökonomischer Deprivation betroffenen Bevölkerungsteilen reklamieren weit überproportional viele Bürgerinnen und Bürger, dass für Flüchtlinge und Asylbewerber bei uns in Deutschland zu viel getan wird.



Trotz dauerhafter Präsenz auf der Problemagenda und viel individueller Relevanz als politisches Thema (vgl. Kap. 2.1) haben Flüchtlinge und Asylsuchenden für den Alltag der deutschen Bevölkerung relativ selten spürbare Konsequenzen: Dass sie wegen Flüchtlinge und Asylsuchenden „eher Vorteile“ haben, sagen 5% aller Befragten und 12% beklagen „eher Nachteile“. Mit 82% bemerken aber die allermeisten, dass sie **wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden auf persönlicher Ebene „keine großen Auswirkungen“** spüren – neben dem Gros in allen demographischen Gruppen auch sehr klare Mehrheiten derjenigen Befragten, die in den bei uns lebenden Ausländern eine Überfremdungsfahr sehen, die Unterstützungs- und Hilfeleistungen für Flüchtlinge als zu weitreichend kritisieren oder denen es selbst finanziell nicht gut geht.

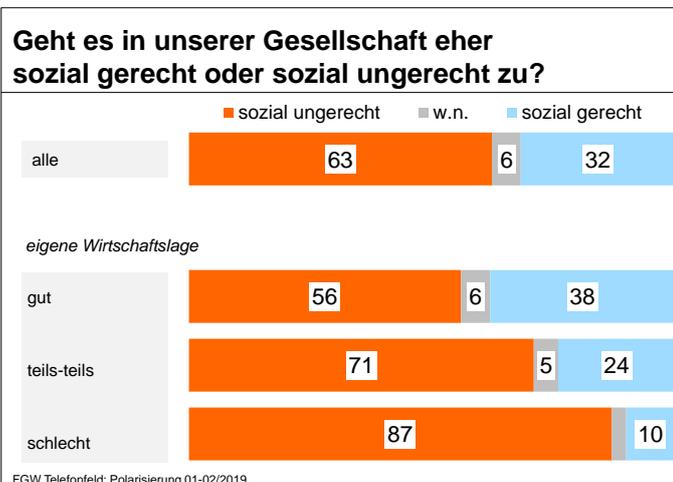
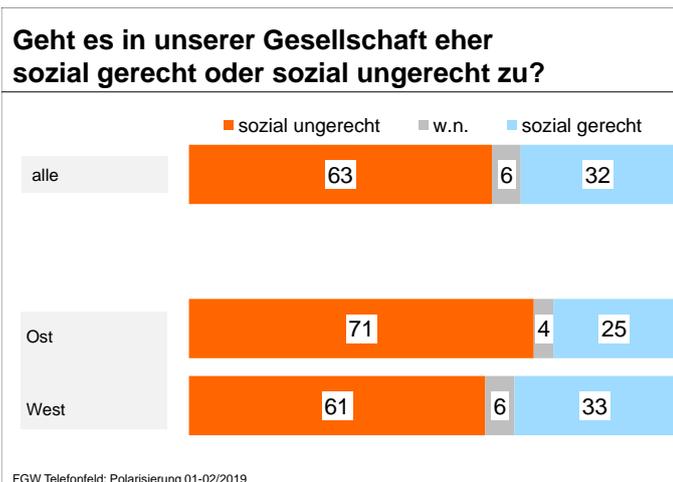
3.3 Soziale Gerechtigkeit und Bildungschancen

Sichtbar mehr Deutsche als vor knapp zwei Jahrzehnten sehen in unserem Land ein soziales Gerechtigkeitsdefizit: Nach Ansicht von 32% aller Befragten geht es in **unserer Gesellschaft** eher **sozial gerecht** zu, für 63% ist das Gegenteil der Fall. Im Detail empfinden dabei mit 71% noch mehr Befragte

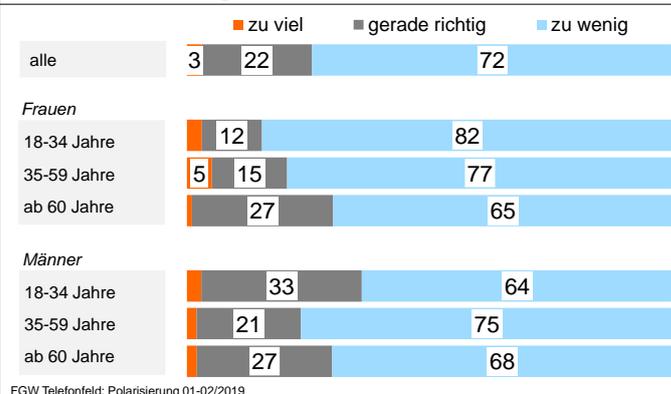


im Osten eine entsprechende Schiefelage als im Westen der Republik mit 61%. Überproportional viele Befragte sind dies zudem in der Altersgruppe der 50- bis 69-Jährigen sowie unter Befragten mit formal niedrigem Bildungsniveau.

Erhebliche Einstellungsunterschiede gibt es zwischen den einzelnen Parteianhängergruppen: Dass es in unserer Gesellschaft sozial gerecht zugeht, meint rund die Hälfte der unionsnahen Befragten, aber nur gut ein Fünftel mit Nähe zur Linken und nicht einmal einer von zehn im AfD-Lager. Befragte, deren eigene Finanzlage schlecht ist, die für ihre Zukunft pessimistisch sind oder die ganz allgemein mit der Demokratie, den (politischen) Eliten und den Parteien unzufrieden sind, konstatieren besonders häufig einen Mangel an sozialer Gerechtigkeit.



Für gleiche Bildungschancen wird in Deutschland getan ...



Erhebliche Defizite konstatieren die Deutschen in Sachen Bildungsgerechtigkeit: 72% aller Befragten sowie mehr oder weniger klare Mehrheiten in sämtlichen sozialen, demographischen oder politischen Gruppen sagen, dass **für gleiche Chancen auf Bildung in Deutschland „zu wenig“** getan wird. Dass

die entsprechenden Maßnahmen „gerade richtig“ sind, meinen 22%, und nach Ansicht von 3% aller Wahlberechtigten wird bei uns – unabhängig von Elternhaus, Herkunft oder finanziellen Mitteln – für gleiche Bildungschancen „zu viel“ getan.

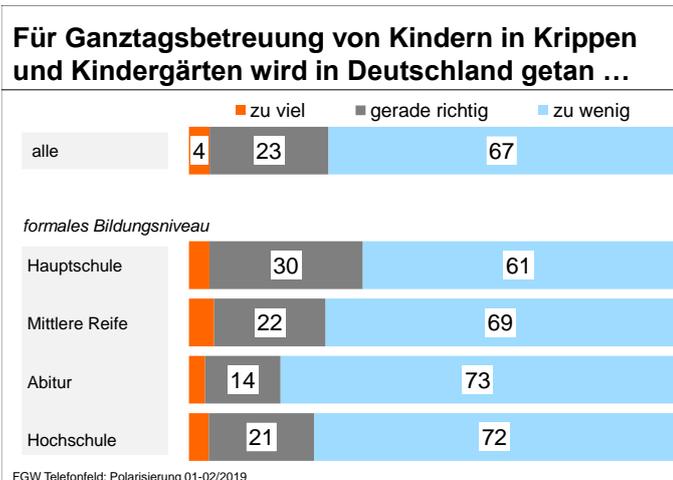
Die Ansicht, dass für gleiche Bildungschancen zu viel getan wird, bleibt in praktisch allen Subgruppen eine Ausnahmeposition. Unterschiede gibt es aber in der Intensität der Kritik bzw. der Zufriedenheit mit dem aktuellen Status: So finden es – trotz grundsätzlich hörbarer Unzufriedenheit auch hier – mit 39% weit überproportional viele unionsnahe Befragte „gerade richtig“, was bei uns für gleiche Bildungschancen getan wird. „Zu wenig“ sagen dagegen überproportional viele Befragte mit politischer Nähe zu SPD (80%), AfD (79%), Linke (90%) oder Grünen (84%).

Ökonomischer Status, Institutionenvertrauen oder gesellschaftliche Modernität spielen beim Thema Bildungschancen eine weniger tragende Rolle als bei den Themen Ausländer oder soziale Gerechtigkeit: Auch wenn unterm Strich etwas moderater, kommt in Sachen Bildungschancen nämlich auch viel Kritik von denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die ein hohes Institutionenvertrauen haben, die sich in einer sozioökonomisch positiven Lage befinden und/oder die gesellschaftspolitisch modernere Ansichten vertreten.

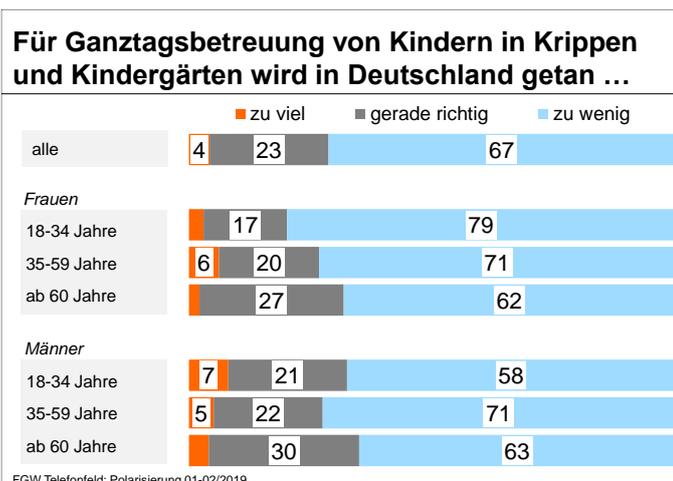
3.4 Kinderbetreuung und gleichgeschlechtliche Ehen

Neben den Defiziten in puncto soziale Gerechtigkeit und gleiche Bildungschancen kritisieren die erwachsenen Bundesbürger mit Nachdruck auch die Situation bei der Kinderbetreuung: Nach Ansicht von 67% aller Befragten wird für **Ganztagsbetreuung von Kindern im Vorschulalter** in Deutschland

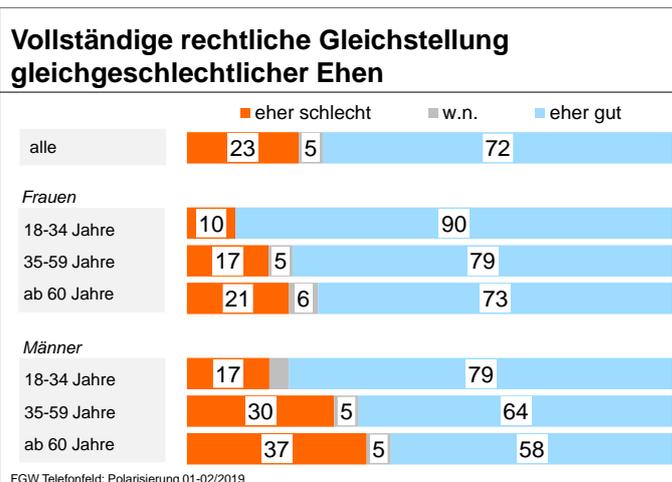
„zu wenig“ getan. 23% halten die entsprechenden Maßnahmen für „gerade richtig“ und 4% sind der Meinung, dass für Ganztagsbetreuung von Kindern in Krippen und Kindergärten bei uns „zu viel“ getan wird.



Ähnlich wie bei den Bildungschancen gibt es auch bei diesem – zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zentralen – Thema in den allermeisten Bevölkerungsgruppen grundsätzlich hohen Konsens bezüglich der Mängel. Nochmals über dem Schnitt liegt die Ansicht, wonach „zu wenig“ getan

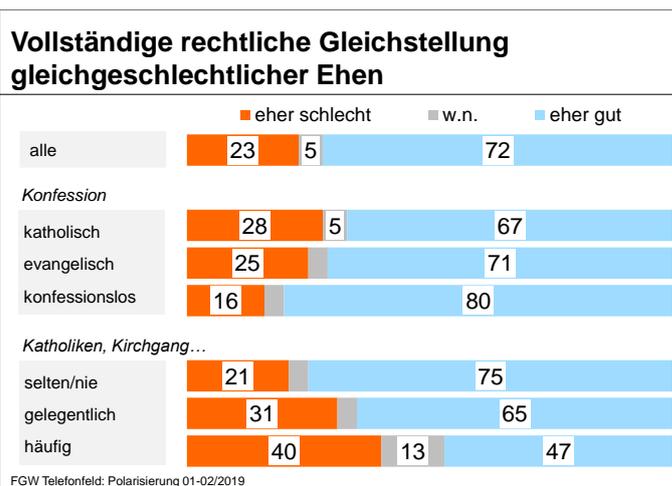


wird, unter Befragten mit politischer Nähe zur Linken und zu den Grünen, unter jüngeren Frauen sowie unter denjenigen Befragten, die Ganztagsbetreuung für Kinder auch ganz allgemein als für sich persönlich wichtiges politisches Thema ansehen. Die Ansicht, es werde in diesem Bereich „zu viel“ getan, vertreten überproportional viele Bewohner kleiner Städte und Gemeinden. Außerdem überproportional viele Befragte mittleren Alters mit eher niedrigem Bildungsniveau sowie überproportional viele Katholiken, die regelmäßig zur Kirche gehen. Unterm Strich bleibt diese Einstellung aber auch in diesen Gruppen eine klare Minderheitenposition.



In Deutschland gibt es eine vollständige rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Ehen. Damit ist auch die gemeinsame Adoption von Kindern möglich. 72% aller Befragten finden diese Gleichstellung eher gut, 25% eher nicht. Während das Gesamtergebnis bei dieser Statusbewertung

klar positiv ausfällt, ist das Thema gleichgeschlechtliche Ehen in den sozialen und demographischen Gruppen häufig stärker polarisierend als die Themen Bildungschancen oder Ganztagsbetreuung.

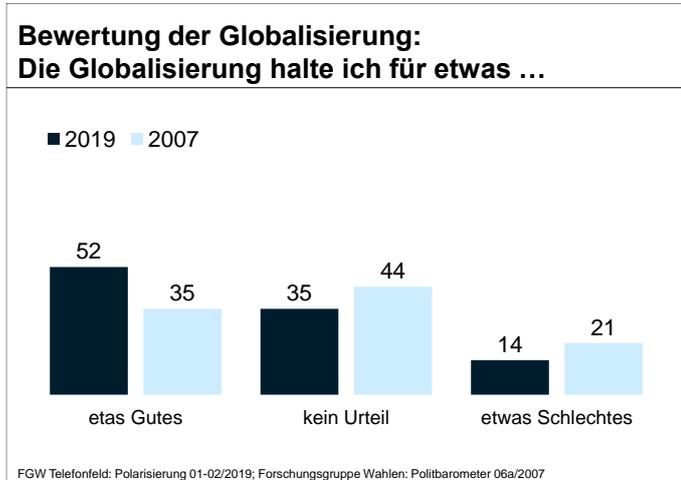


Neben geschlechts- und altersspezifischen Unterschieden kommt es insbesondere zwischen den politischen Lagern zu starker Polarisierung. Während der sozioökonomische Status und das Institutionenvertrauen in diesem Kontext eher schwach zum Tragen kommen, gibt es einen starken Zusammen-

hang mit der Haltung zu anderen gesellschaftspolitisch relevanten Themen: Befragte, die ansonsten auch zu viel Unterstützung für Flüchtlinge kritisieren, die die Globalisierung für etwas Schlechtes halten und die bemerken, dass das, was Deutschland ausmacht, verloren geht, sind meist auch gegen die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Ehen. Überproportional hoch ist der entsprechende Anteil zudem mit 39% unter AfD-nahen Befragten sowie mit 40% unter denjenigen Katholiken, die regelmäßig Gottesdienste besuchen. Letztendlich gilt aber auch für diese beiden Gruppen, dass Mehrheiten die rechtlich vollständige Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Ehen grundsätzlich positiv sehen.

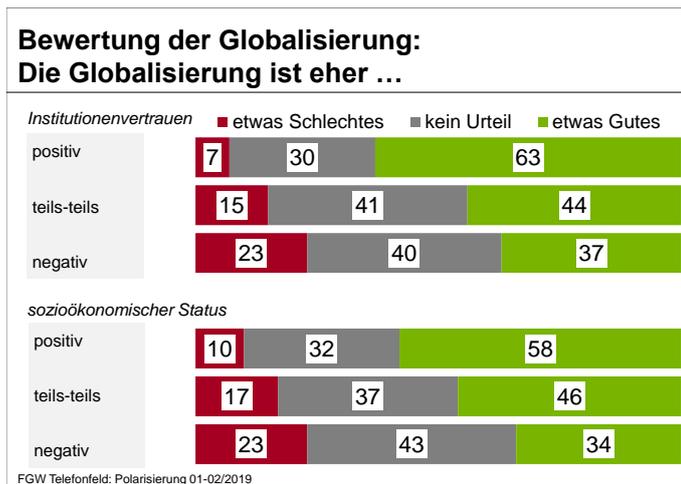
3.5 Globalisierung

Die **Globalisierung** bewerten die Deutschen zunehmend positiv, wobei auch zahlreiche – und keinesfalls nur ältere – Bürgerinnen und Bürger zur weltweiten Verflechtung etwa in den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft überhaupt keine Stellung beziehen können oder wollen. Anfang 2019



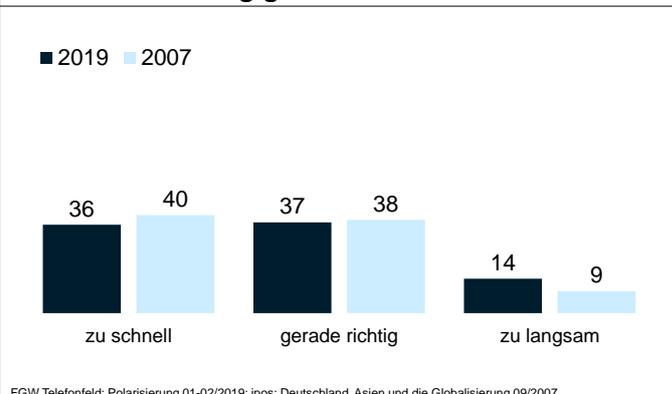
halten 52% der erwachsenen Deutschen die Globalisierung für etwas Gutes und 14% für etwas Schlechtes, weitere 35% wollen oder können das nicht beurteilen.

Beim Thema Globalisierung ist der Grundtenor in den meisten Bevölkerungsgruppen positiv. „Etwas Gutes“ sagen noch häufiger als in der Gesamtheit Befragte mit höheren Schulabschlüssen oder mit viel Interesse für Politik. Mit Blick auf politische Präferenzen gibt es die stärksten Abweichungen im AfD-Lager, wo die Globalisierung nur selten positiv gesehen wird. Viel Gewicht haben die Indikatoren Institutionenvertrauen und sozioökonomischer Status, wo ein hohes Maß an Polarisierung feststellbar ist. Die ist auch deshalb bedeutsam, weil die Einstellungen in den klassischen demographischen Bereichen beim Thema Globalisierung eher wenig differieren.



gen im AfD-Lager, wo die Globalisierung nur selten positiv gesehen wird. Viel Gewicht haben die Indikatoren Institutionenvertrauen und sozioökonomischer Status, wo ein hohes Maß an Polarisierung feststellbar ist. Die ist auch deshalb bedeutsam, weil die Einstellungen in den klassischen demographischen Bereichen beim Thema Globalisierung eher wenig differieren.

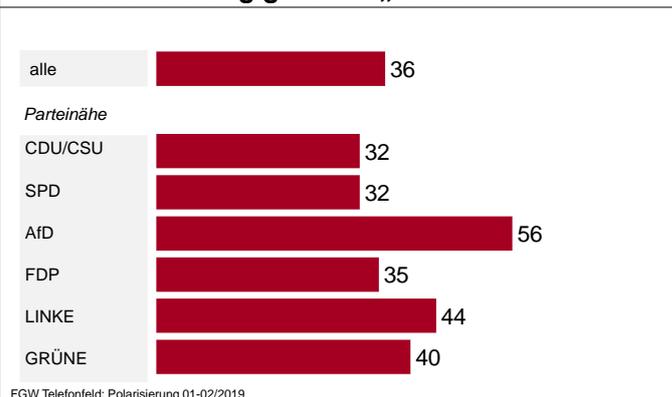
Tempo der Globalisierung Die Globalisierung geht mir ...



Im längerfristigen Rückblick eher stabil sind die Einstellungen zum **Tempo der Globalisierung**: Ähnlich wie zu früheren Messzeitpunkten halten 37% aller Deutschen das momentane Tempo der Globalisierung für „gerade richtig“, 36% geht es „eher zu schnell“ und 14% „eher zu langsam“ (weiß nicht: 13%).

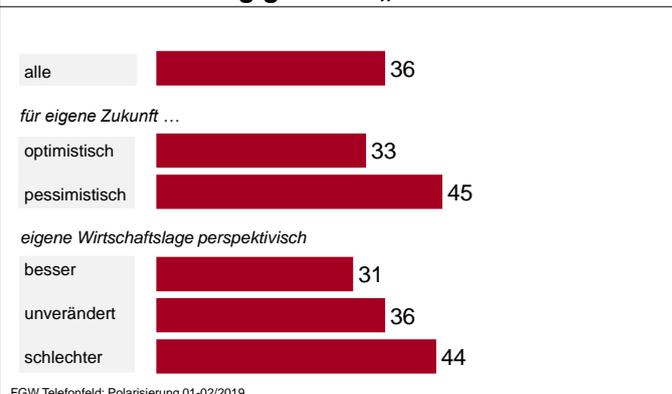
Nur geringe Differenzen gibt es zwischen Ost und West, Männern und Frauen oder Berufstätigen und Rentnern. Zudem ist es eher irrelevant, ob die Befragten die Globalisierung persönlich als politisch wichtiges Thema erachten.

Tempo der Globalisierung Die Globalisierung geht mir „zu schnell“



Dass ihnen die Globalisierung „zu schnell“ geht, sagen leicht überdurchschnittlich viele Befragte mit Nähe zur Linken. Im AfD-Lager liegt der entsprechende Anteil deutlich über dem Schnitt. Bei den ökonomischen Indikatoren ist es bei dieser Bewertung weniger wichtig, in welcher finanziellen Lage sich die Deutschen aktuell befinden als vielmehr, wie sie ihre persönliche und wirtschaftliche Zukunft sehen: Unter Befragten mit – nach eigenem Dafürhalten – allgemein pessimistischen Zukunftsaussichten sowie unter Befragten, die finanziell eine Verschlechterung ihrer Wirtschaftslage befürchten, kritisieren über-

Tempo der Globalisierung Die Globalisierung geht mir „zu schnell“

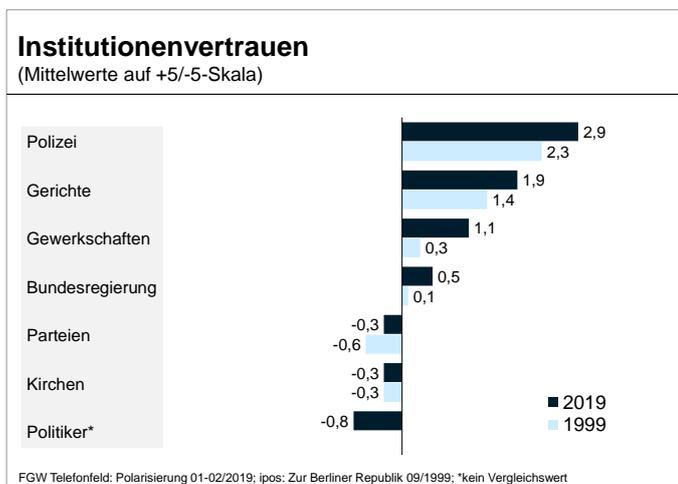


durchschnittlich viele ein zu schnelles Globalisierungstempo.

4. Institutionelle Polarisierung

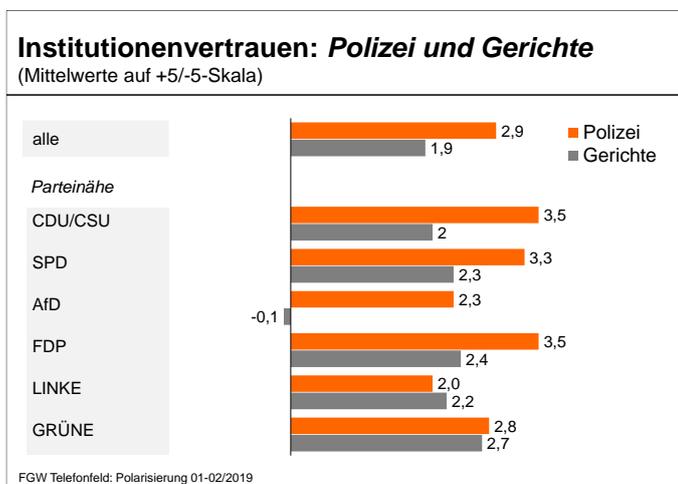
4.1 Institutionenvertrauen

Mit Blick auf verschiedene Gruppen und Einrichtungen des öffentlichen Lebens genießen die Polizei und die Gerichte in der Bevölkerung hohes Vertrauen. Weit weniger Vertrauen gibt es dagegen in die Parteien und Politiker ganz allgemein. Allerdings ist diese Gesamtpolarisierung kein neues Phänomen:



Auch zu anderen Messzeitpunkten vor gut zehn oder vor zwanzig Jahren wurden „unpolitische“ Einrichtungen tendenziell weniger kritisch gesehen als die politischen. Damals wie heute differiert das Vertrauen in die jeweiligen Institutionen dann in den sozialen und demographischen Gruppen teils massiv.

Ausgenommen von dieser Polarisierung ist nur die **Polizei**: Mit durchschnittlich 2,9 auf einer Skala von +5 bis -5 (sehr hohes bis sehr geringes Vertrauen) wird der Polizei ohne nennenswerte Unterschiede bei Alter, Geschlecht, Schulabschluss oder Wohnortgröße in praktisch allen Teilen der Bevölkerung



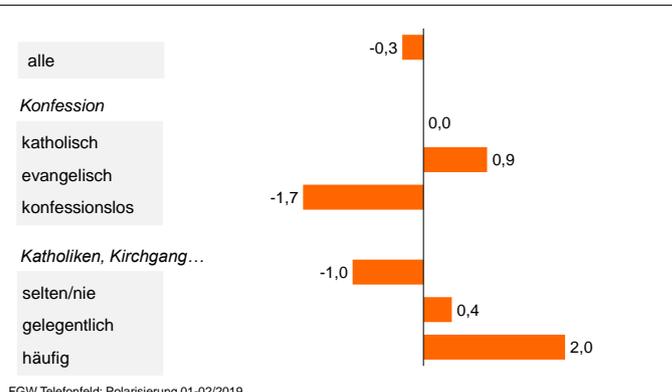
hohes Vertrauen entgegengebracht. Leicht unter dem Schnitt liegen hier nur AfD- oder Linke-nahe Wahlberechtigte sowie Befragte in einer schlechten eigenen Wirtschaftslage, wobei auch diese noch immer ein klar positives Vertrauensverhältnis zur Polizei haben. Eine ebenfalls breite Vertrauensbasis besitzen in Deutschland die **Gerichte**: Auf der +5/-5-Skala in der Gesamtheit bei 1,9, ist auch bei dieser Institution die Rückmeldung in allen Alters- oder Bildungsgruppen klar positiv. Im Detail gibt es jetzt allerdings deutlich auffälligere Abweichungen nach unten als bei der Polizei: Speziell AfD-nahe Befragte sowie Bürgerinnen und Bürger mit schwachem sozioökonomischen Staus oder mit wenig gesellschaftlicher Modernität haben nur schwaches Vertrauen in die Gerichte.

Dass die **Gewerkschaften** – anders als noch vor rund zwanzig Jahren – mit 1,1 einen relativ guten Vertrauenswert erzielen, begründet sich unter anderem mit ihrer zurzeit eher schwachen Polarisierung im politischen Raum: Vor allem unionsnahe Befragte begegnen den Gewerkschaften mit weit weniger Distanz als

damals. Was jedoch das Vertrauen in die **Kirchen** betrifft, gehen die Ansichten mit unveränderter Schärfe weit auseinander. Neben den Faktoren Konfession oder Kirchgangshäufigkeit spielt das Alter hier eine zentrale Rolle: Einen positiven Vertrauenswert schaffen die Kirchen ausschließlich bei

Institutionenvertrauen: **Kirchen**

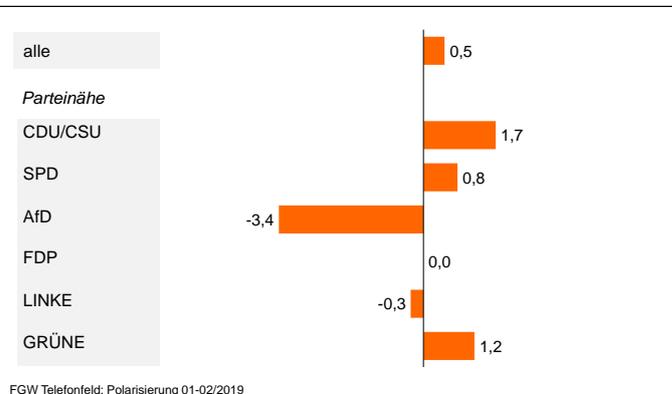
(Mittelwerte auf +5/-5-Skala)



den ab 70-jährigen Deutschen.

Institutionenvertrauen: **Bundesregierung**

(Mittelwerte auf +5/-5-Skala)



Das Vertrauen in die Bundesregierung steht und fällt zunächst mit parteipolitischen Präferenzen: Leicht bis klar positiv sind die Werte im Unions-, SPD- und Grünen-Lager. FDP- und Linke-nahe Befragte gehen auf Abstand. Im AfD-Lager ist das Vertrauen extrem gering. Bei allen unter 60-Jährigen vergeben Befragte mit höherem Bildungsniveau bessere Noten als diejenigen mit niedrigeren Schulabschlüssen; in der Generation 60plus gibt es keine bildungsspezifische Differenz. Klare Effekte zeigen auch sozioökonomischer Status und gesellschaftliche Modernität.

Institutionenvertrauen: **Bundesregierung**

(Mittelwerte auf +5/-5-Skala)

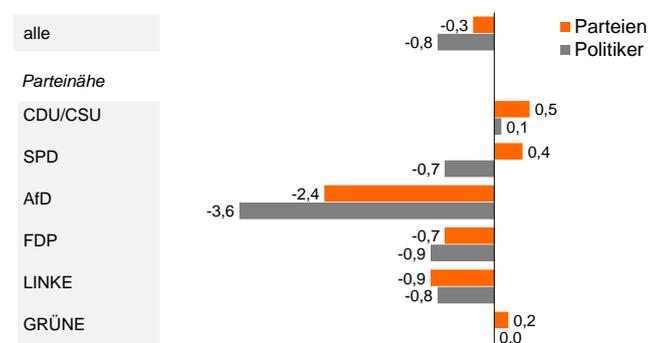


Insgesamt leicht bis sichtbar negativ, polarisieren als Institution bzw. Gruppe die Parteien und Politiker in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen ebenfalls sehr stark. Neben ganz erheblichen Differenzen beim Faktor Parteinähe zeigen die Faktoren Alter, Geschlecht oder formales Bildungsniveau Wirkung. So haben Unions-, SPD- und Grünen-nahe Befragte mehr oder weniger mäßiges Vertrauen. FDP- und Linke-nahe Befragte sind klar kritisch, und unter AfD-nahen Befragten ist das Vertrauen ausgesprochen gering. Besonders wenig Vertrauen bringen den Parteien und Politikern zudem Männer und Frauen in den mittleren Altersgruppen entgegen. Befragte mit negativem sozioökonomischen Status oder mit wenig gesellschaftlicher Modernität urteilen ausgesprochen kritisch; ebenso Befragte, die ganz allgemein mit der Demokratie unzufrieden sind sowie diejenigen, die meinen, es

gebe bei uns in der politischen Debatte zu viel Verständnis für Menschen mit anderen politischen Meinungen. Ob die Befragten im privaten Umfeld aber selbst viel über Politik streiten, spielt beim Vertrauen in Parteien und Politiker kaum eine Rolle.

Institutionenvertrauen: Parteien und Politiker

(Mittelwerte auf +5/-5-Skala)



FGW Telefonfeld: Polarisierung 01-02/2019

Institutionenvertrauen: Parteien und Politiker

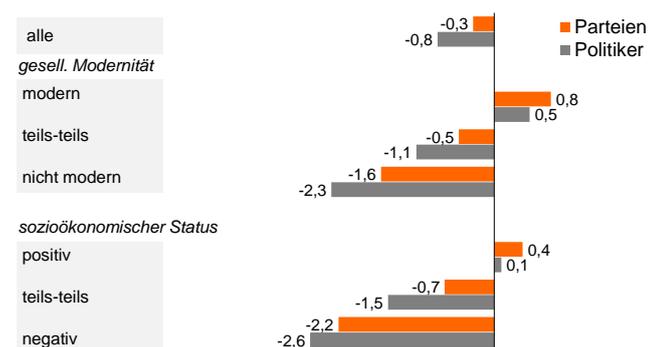
(Mittelwerte auf +5/-5-Skala)



FGW Telefonfeld: Polarisierung 01-02/2019

Institutionenvertrauen: Parteien und Politiker

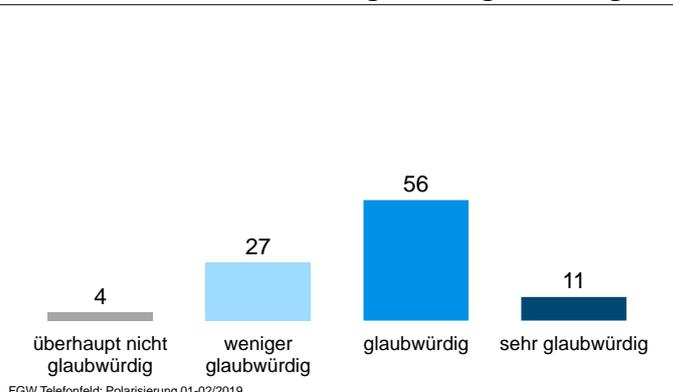
(Mittelwerte auf +5/-5-Skala)



FGW Telefonfeld: Polarisierung 01-02/2019

4.2 Medienvertrauen

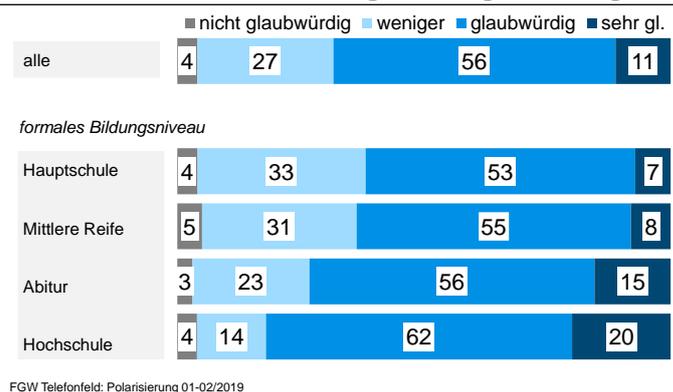
Nachrichten über Politik: Glaubwürdigkeit öffentl.-rechtliches TV und große Tageszeitungen



Wenn es um **Nachrichten und Informationen über Politik** geht, gelten das **öffentlich rechtliche Fernsehen und die großen Tageszeitungen** für zusammengenommen 67% der Deutschen als glaubwürdig (56%) oder sehr glaubwürdig (11%). Insgesamt 32% sehen darin weniger glaubwürdi-

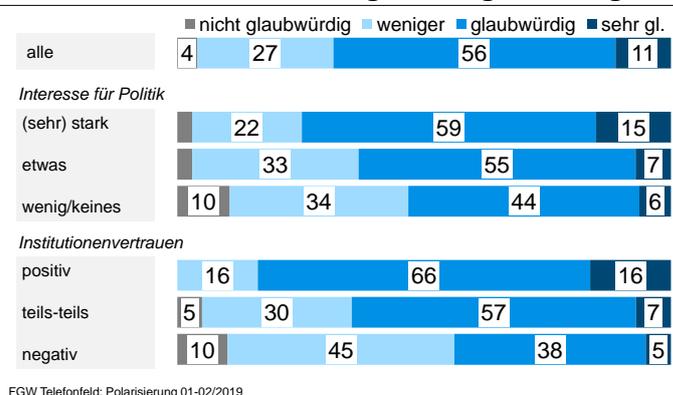
ge (27%) oder überhaupt nicht glaubwürdige (4%) Nachrichtenquellen.

Nachrichten über Politik: Glaubwürdigkeit öffentl.-rechtliches TV und große Tageszeitungen



Im Detail ist das Vertrauen in die Qualität der Berichterstattung dieser klassisch-etablierten Medien weniger eine Frage von Alter, Geschlecht oder Wohnort als vom formalen Bildungsniveau. Zudem variiert die Glaubwürdigkeit ähnlich wie bei anderen Institutionen in Abhängigkeit von politischen Präferenzen, ökonomischen Indikatoren, Elitenvertrauen und Systemkritik: Besonders wenig Vertrauen gibt es unter AfD-nahen Befragten oder Bürgerinnen und Bürgern in einer wirtschaftlich schlechten Lage. Ebenso unter denjenigen Befragten mit schwachem Institutionenvertrauen und denjenigen,

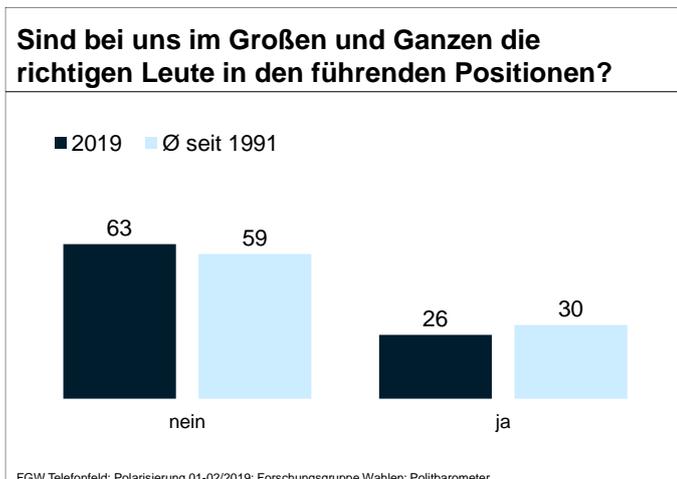
Nachrichten über Politik: Glaubwürdigkeit öffentl.-rechtliches TV und große Tageszeitungen



die mit der Besetzung von Führungspositionen oder ganz allgemein mit der Demokratie bei uns in Deutschland unzufrieden sind.

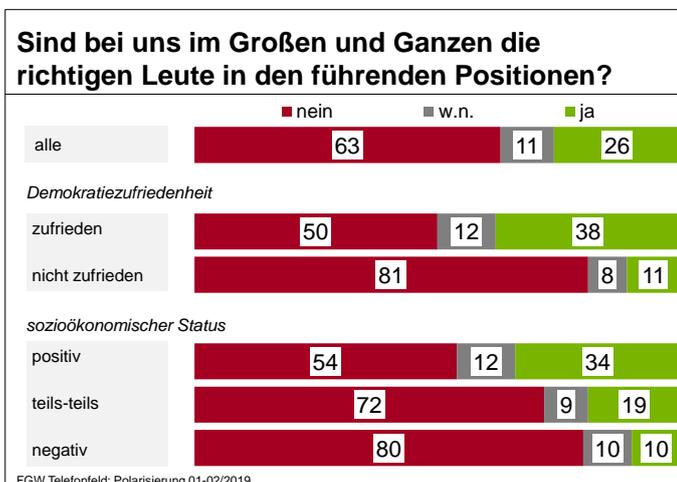
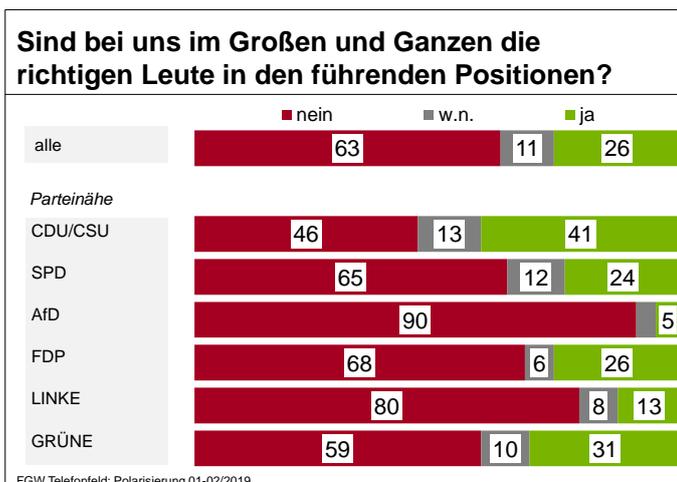
4.3 Spitzenpositionen

Nach dem geringen Vertrauen speziell in Politiker (Kap. 3.1) haben die Deutschen auch erhebliche Zweifel an den tragenden Eliten ganz allgemein: Lediglich 26% der Befragten sind der Meinung, dass heute bei uns in Deutschland im Großen und Ganzen **die richtigen Leute in den führenden Positionen** sitzen, 63% glauben das hingegen nicht.

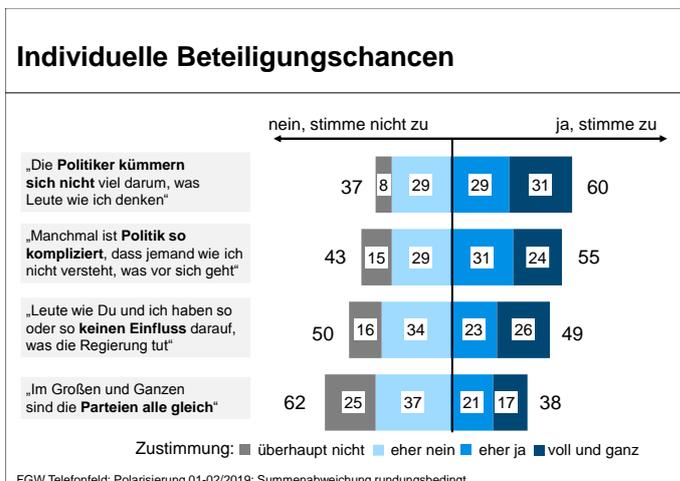


Neu ist diese kritische Distanz aber nicht: Auch zu diversen früheren Messzeitpunkten hat das Misstrauen gegenüber der personellen Ausstattung in den Führungs- und Leitungsebenen der Republik meist klar überwogen.

In der Bevölkerung gibt es hinsichtlich dieser generellen Elitenkritik einen hohen Grundkonsens: Unter Männern und Frauen, jüngeren und älteren Menschen, formal höher und niedriger Gebildeten sowie in Ost und West konstatieren mehr oder weniger große Mehrheiten, dass die Spitzenpositionen im Großen und Ganzen nicht richtig besetzt sind. Dennoch bestehen im Detail nochmals erhebliche Niveauunterschiede. Besonders markant treten diese einmal mehr bei den Faktoren politische Präferenzen oder sozioökonomischer Status auf.

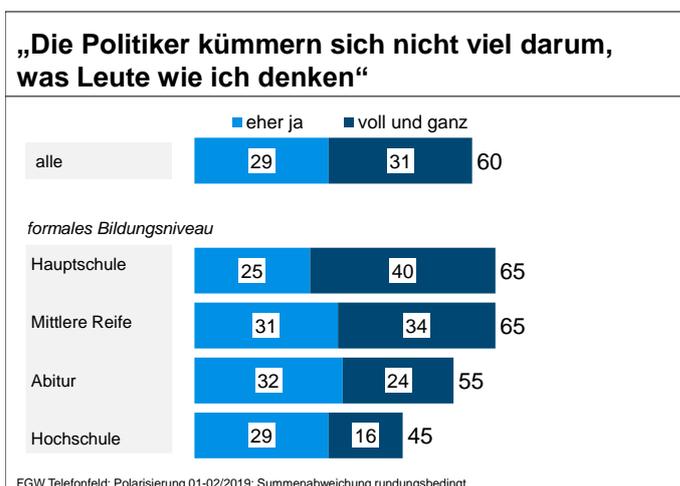


4.4 Beteiligungschancen und Repräsentation



Zur Identifikation subjektiver Beteiligungschancen im demokratischen Prozess wurden die Wahlberechtigten mit verschiedenen Aussagen zur Politik konfrontiert. Überwiegend kritisch sehen die Deutschen dabei ein zentrales Element der repräsentativen Demokratie, nämlich die Vertretung des Volkes:

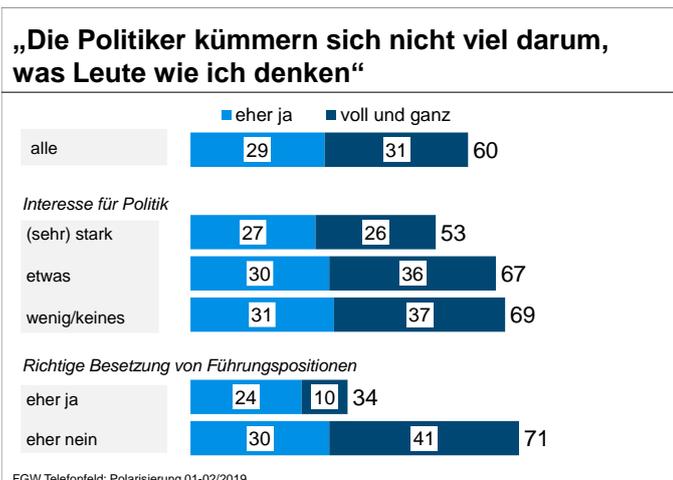
60% aller Befragten stimmen der Aussage zu, wonach „Politiker sich nicht viel darum kümmern, was Leute wie ich denken“. Mit 55% bemerkt zudem eine Mehrheit, dass „Politik so kompliziert ist, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht“. Sehr ambivalent wird dagegen der individuelle Einfluss auf Regierungshandeln diskutiert: 49% stimmen der Aussage zu und 50% nicht zu, wonach „Leute wie ich so oder so keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut“. Zu viel Kongruenz im Parteienangebot sehen die Deutschen aber eher nicht: Der These, wonach „die Parteien im Großen und Ganzen alle gleich“ sind, widersprechen 62% der Befragten.



Dass Politiker auf die Belange der Bürger nicht viel Rücksicht nehmen, meinen deutlich mehr Befragte mit niedrigen Schulabschlüssen als Befragte mit formal hohem Bildungsniveau. Zustimmung bei diesem Statement kommt außerdem von 52% der CDU/CSU-, 53% der SPD-, 87% der AfD-, 57%

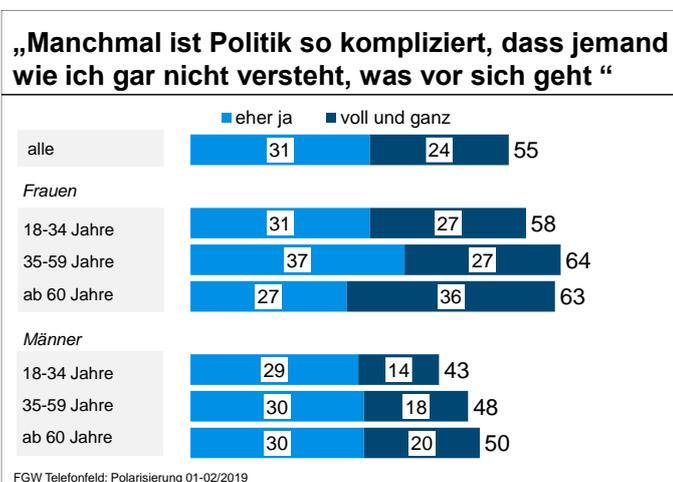
der FDP-, 69% der Linken- und 48% der Grünen-nahen Befragten. Dass „Politiker sich nicht viel darum kümmern, was Leute wie ich denken“, sagen zudem 58% im Westen und 67% im Osten. In kleinen Städten und Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern sind dies mit 65% sichtbar mehr als in den Großstädten mit über 100.000 Einwohnern, wo 53% dieser Aussage zustimmen.

Neben den Faktoren Ost/West oder Ortsgröße variiert die Bewertung stark mit den Faktoren Demokratiezufriedenheit und Politikinteresse: 53% der Befragten mit starkem, aber 69% derjenigen mit nur wenig oder gar keinem Interesse an Politik kritisieren zu wenig Beachtung für die Anliegen der Bevöl-



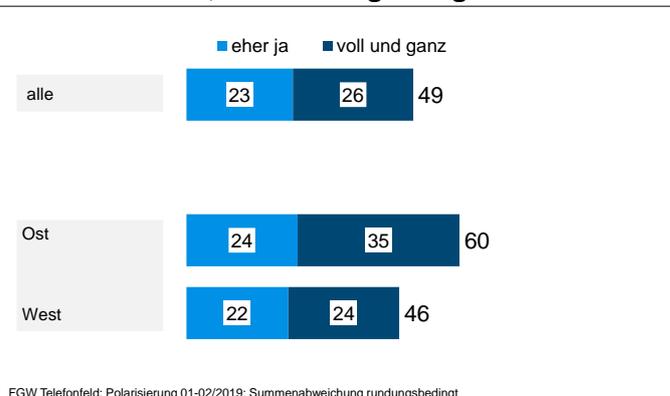
kerung seitens politischer Akteure. Während unter Deutschen, die mit der Demokratie zufrieden sind, nur 48% dieser Aussage zustimmen, sind es 74% derjenigen mit einer kritischen Sichtweise zum Funktionieren der Demokratie. Erhebliche Folgen hat ganz offensichtlich auch das ökonomische Umfeld: Befragte in einer schlechten eigenen Wirtschaftslage oder diejenigen, die schon einmal länger arbeitslos waren, reklamieren weit überdurchschnittlich häufig mangelndes Engagement der Politiker für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger.

Die Aussage **„Manchmal ist Politik so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vor sich geht“** findet bei 48% der Männer und bei 62% der Frauen Zustimmung. Im Westen bejahen dies 54% und im Osten 60%. Befragte mit einem Hochschulabschluss sowie Befragte mit politischer Nähe



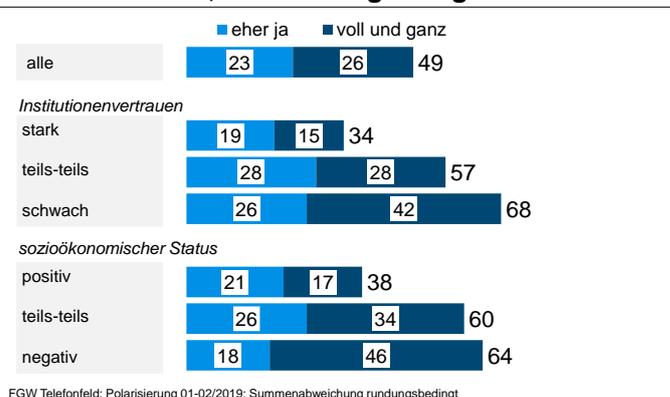
zur Linken widersprechen dieser These vergleichsweise häufig; überdurchschnittlich viel Widerhall erzielt sie dagegen unter Befragten mit einem sozioökonomisch negativen Status. Je weniger sich Wahlberechtigte für Politik interessieren, desto häufiger empfinden sie Politik als zu komplex. Dass dies nicht der Fall sei, sagen umgekehrt relativ viele Befragte, die im privaten Umfeld häufig über Politik streiten. Ob die Befragten mit der Demokratie zufrieden sind oder nicht, spielt im Kontext möglicher Verständnisprobleme aufgrund der Komplexität von Politik eine weniger große Rolle.

„Leute wie Du und ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“



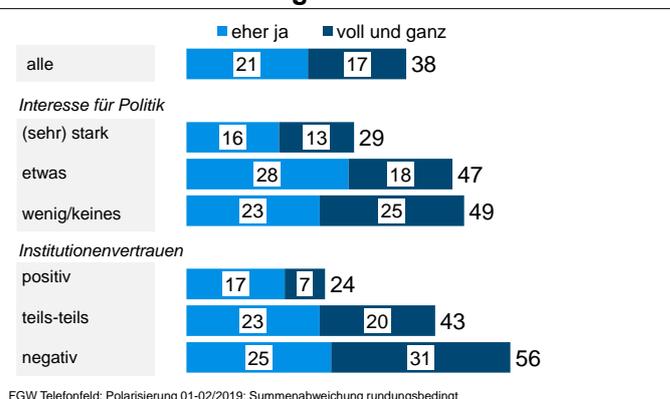
„Leute wie Du und ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“, findet als Aussage im Osten (60%) mehr Zustimmung als im Westen (46%). In den politischen Lagern verläuft die schärfste Polarisierung zwischen den Grünen- bzw. AfD-nahen Befragten, wo 70% bzw. nur 32% das Statement bejahen. Außerdem schwächt sich die Zustimmung parallel zum Ansteigen des formalen Bildungsniveaus sehr deutlich ab. Ein Zusammenhang besteht offensichtlich auch zur ökonomischen Situation der Deutschen. Befragte mit einem negativen sowie mit einem mittleren sozioökonomischen

„Leute wie Du und ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“



Status bejahen sichtbar überproportional häufig die Ansicht, wonach „Leute wie Du und ich“ keinen Einfluss auf Regierungshandeln haben.

„Im Großen und Ganzen sind die Parteien alle gleich“



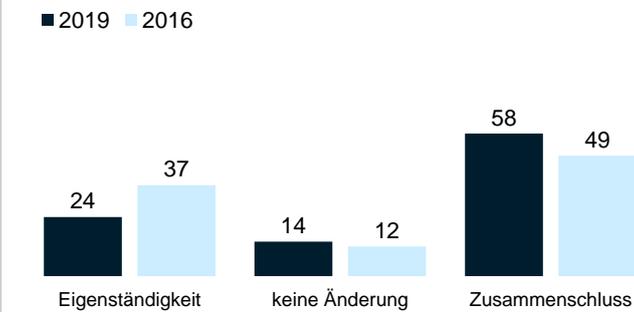
Für insgesamt viel Kontra sorgt die Aussage „Im Großen und Ganzen sind die Parteien alle gleich“. Eine Ausnahme bilden die AfD-nahen Befragten: 59% aus dieser Gruppe, aber nur rund ein Drittel oder weniger in allen anderen politischen Lagern, beklagen im Parteienspektrum das Fehlen eines hetero-

genen Angebotes. Dies tun zudem besonders viele Befragte mit wenig Politikinteresse, geringem Institutionenvertrauen oder mit formal niedrigem Bildungsniveau.

4.5 Europäische Integration und internationale Konfliktlösung

Mit Blick auf die **zukünftige Entwicklung der EU** plädieren noch mehr Deutsche als vor rund zweieinhalb Jahren für einen **engeren Zusammenschluss** der Mitgliedsstaaten; umgekehrt wird der Ruf nach mehr nationalstaatlicher Autonomie leiser: So wäre es Anfang 2019 einer klaren

EU-Mitgliedsstaaten: mehr Eigenständigkeit oder enger zusammenschließen?

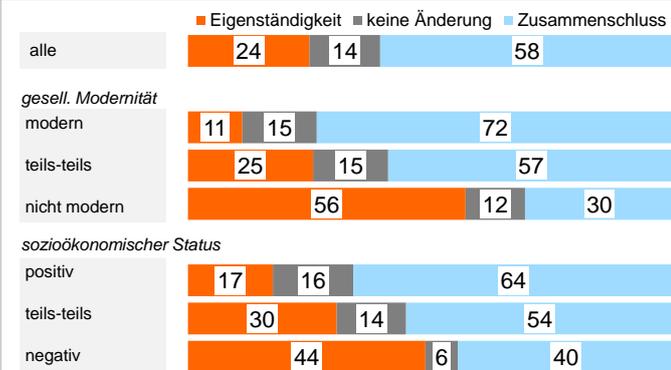


FGW Telefonfeld: Polarisierung 01-02/2019; Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer 07a/2016

Mehrheit von 58% der Deutschen – 60% im Westen und 49% im Osten – am liebsten, wenn sich die Mitglieder der europäischen Staatengemeinschaft perspektivisch „enger zusammenschließen“, für 24% sollten sie „mehr Eigenständigkeit“ bekommen und für 14% sollte sich am derzeitigen Status „nicht viel ändern“.

Während das Gros der Unions-, SPD-, FDP- Linken- und Grünen-nahen Befragten eine Intensivierung der multilateralen Verflechtung begrüßt, sind die Befragten mit AfD-Nähe klar für mehr Eigenständigkeit. Jenseits der politischen Lager sind die Meinungsverschiedenheiten weniger deutlich: Trotz

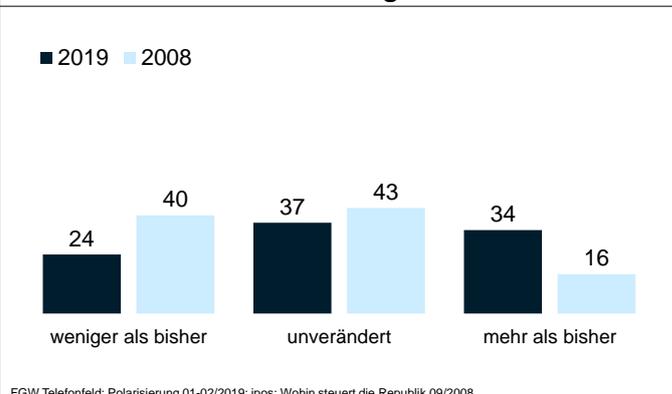
EU-Mitgliedsstaaten: mehr Eigenständigkeit oder enger zusammenschließen?



FGW Telefonfeld: Polarisierung 01-02/2019

Niveauunterschieden in der Intensität des Votums gibt es bei Männern wie Frauen sowie in sämtlichen Alters-, Bildungs- oder Berufsgruppen klare Mehrheiten, die sich zukünftig für einen engeren Zusammenschluss der EU-Staaten aussprechen. Vor allem steht und fällt die Einstellung zu einer mehr oder weniger stärker assoziierten EU mit der sozioökonomischen Lage und den gesellschaftspolitischen Einstellungen der Befragten. Schließlich befürworten 67% derjenigen Befragten, welche die Globalisierung positiv sehen, eine stärkere europäische Integration; unter Globalisierungskritikern sind dies dagegen nur 44%.

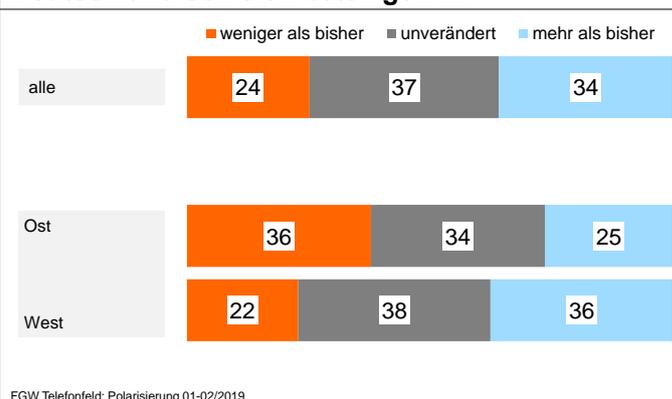
Lösung von Konflikten in der Welt: Deutschland soll sich beteiligen ...



stärker als bisher beteiligen, 24% fordern zukünftig weniger Einsatz und 37% meinen, dass sich am deutschen Engagement im Umfeld von internationalen Krisen nicht viel ändern sollte.

Insgesamt ambivalent, aber mit deutlichen Veränderungen verglichen mit Einstellungen vor gut zehn Jahren, sehen die Bundesbürger **Deutschlands Rolle in internationalen Konflikten**: Wenn es um die Lösung von Konflikten in der Welt geht, sollte sich unser Land nach Ansicht von 34% der Befragten

Lösung von Konflikten in der Welt: Deutschland soll sich beteiligen ...



Dass Deutschland im Rahmen internationaler Konfliktlösung zukünftig mehr tun sollte, meinen 41% aller Männer, aber nur 27% der Frauen. Im Osten der Republik sind dies mit 25% sichtbar weniger als im Westen mit 36%. Mehr Beteiligung bei der Lösung internationaler Konflikte befürworten 41%

der Befragten mit starkem Politikinteresse und 27% derjenigen, die sich nur wenig oder gar nicht für Politik interessieren. Einmal mehr Wirkung haben ganz offensichtlich auch die indizierten Faktoren sozioökonomischer Status, gesellschaftliche Modernität und Institutionenvertrauen: Wie bei den meisten anderen, oben beschriebenen Einstellungen zu Politik, Gesellschaft und aktuellen Themen ist die Polarisierung nämlich auch beim Thema internationales Engagement besonders auffällig zwischen Befragten in einer positiven und negativen sozioökonomischen Situation, zwischen thematisch modern und weniger modern denkenden Menschen sowie zwischen denjenigen Bürgerinnen und Bürgern mit hohem Institutionenvertrauen und denjenigen, die mit Führungseliten, Parteien, Politikern und der Demokratie ganz allgemein eher unzufrieden sind.

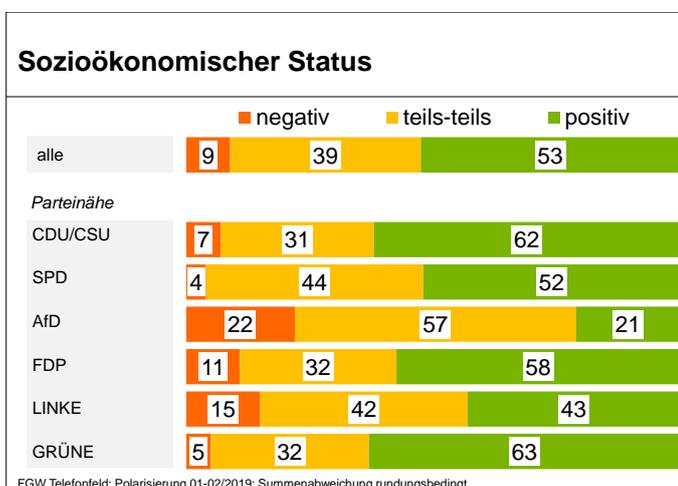
5. Indizes: sozioökonomischer Status, Modernität und Institutionenvertrauen

Zur Vereinfachung der Darstellung konnten auf der Basis von Faktorenanalysen eine Reihe einzelner Fragen aus dieser Studie jeweils zusammengefasst werden. Dabei sind drei Dimensionen entstanden, die in hohem Maße als Indikatoren für polarisierende Einstellungen stehen: Erstens der sozioökonomische Status der Befragten, zweitens die Einstellungen zu modernen gesellschaftlichen Grundorientierungen und drittens das Institutionenvertrauen.

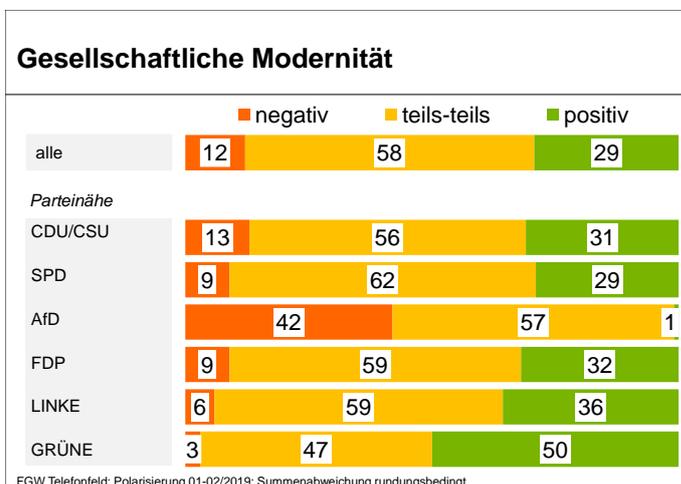
Für den sozioökonomischen Status wurden die Antworten auf die Frage, wie man seine eigene Wirtschaftslage beurteilt und wie die zukünftige eigene Wirtschaftslage gesehen wird, sowie der individuelle Zukunftsoptimismus und das Gerechtigkeitsempfinden in Bezug auf die eigene Person einbezogen. Fehlende gesellschaftliche Modernität bedeutet eine konservative bzw. restriktive Orientierung bei den inhaltlichen Fragen zu Flüchtlingen, zur Gleichstellung, zur Globalisierung und/oder zum Charakter Deutschlands. Schließlich bedeutet ein negatives Institutionenvertrauen eine kritische Einstellung zu Demokratie, Parteien, Politikern und/oder Führungseliten.

Bei allen drei gebildeten Dimensionen zeigen sich jeweils deutliche Unterschiede in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Unter Bürgerinnen und Bürgern mit einem Hochschulabschluss lassen sich deutlich mehr Befragte mit positivem sozioökonomischen Status, thematischer Modernität und positivem Institutionenvertrauen ausmachen als unter Befragtem mit einem Hauptschulabschluss. In den Altersgruppen sind tendenziell die mittleren Generationen weniger häufig positiv bzw. modern eingestellt. Im Osten zeigen die Indizes sozioökonomischer Status und Modernität nur etwas weniger häufig positive bzw. moderne Orientierungen als im Westen; beim Institutionenvertrauen gibt es ein sichtbares West-Ost-Gefälle.

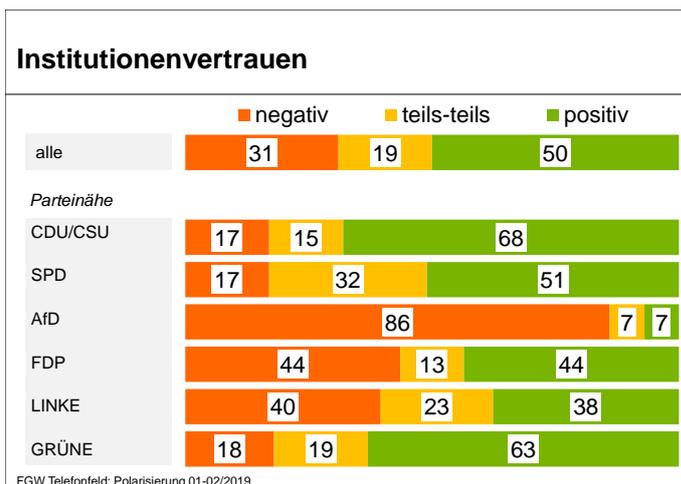
Die Ergebnisse bei diesen drei Dimensionen zeigen eine sehr große Polarisierung zwischen den AfD-nahen Befragten einerseits und den Anhängern praktisch aller anderen Parteien andererseits. Während in der Gesamtheit aller Befragten gut die Hälfte einen positiven sozioökonomischen Status aufweist, und



bei Befragten mit Parteinähe zu CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen jeweils mehr als die Hälfte ihre ökonomische Situation positiv einschätzen, ist es bei den AfD-nahen Befragten lediglich ein Fünftel.



Knapp ein Drittel in der Gesamtheit aller Befragten und ähnliche Prozentsätze bei denjenigen mit einer Parteinähe zu CDU/CSU, SPD, FDP und Linke vertreten Positionen, die für eine gesellschaftliche Modernität stehen. Nur sehr kleine Minderheiten in diesen Parteilagern sprechen sich gegen moderne gesellschaftliche Entwicklungen aus. Ganz anders sieht es bei denjenigen Befragten aus, die der AfD nahe stehen, wo ganz andere gesellschaftliche Vorstellungen dominieren. Noch dramatischer fallen die Unterschiede in Hinblick auf das Institutionenvertrauen aus, wo fast neun von zehn Befragte, die der AfD nahe



hestehen, der Demokratie, den Parteien, den Politikern und den Führungseliten großes Misstrauen entgegenbringen. Auch hier findet sich in allen anderen Parteilagergruppen ein gänzlich anderes Bild, selbst bei den etwas kritischer eingestellten FDP- und Linke-nahen Befragten.

Letztlich zeigt sich damit, dass die starke Polarisierung zwischen den Befragten, die der AfD nahe stehen, und der ganz überwiegenden Mehrheit des Rests der Bevölkerung nicht nur das Ergebnis der Flüchtlings- und Asylpolitik ist. Vielmehr hat die polarisierte Sichtweise auf Politik und Gesellschaft tiefergehender Wurzeln, deren Erklärung im Bereich der drei Grunddimensionen sozioökonomischer Status, gesellschaftliche Modernität und Institutionenvertrauen begründet ist.

6. Methodisch-statistische Anmerkungen

Für die Studie „Polarisierung von Politik und Gesellschaft“ hat die Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH für das Bundespresseamt vom 21. Januar bis 4. Februar 2019 in Deutschland insgesamt 2.029 zufällig ausgewählte Erwachsene mit deutscher Staatsbürgerschaft telefonisch befragt. Die Interviews wurden von 165 Interviewerinnen und Interviewern durchgeführt. Die Ergebnisse der Untersuchung sind repräsentativ für die erwachsene Deutsch sprechende Wohnbevölkerung. Alle Ergebnisse sind in Prozent angegeben.

Die Stichprobe für die Studie „Polarisierung von Politik und Gesellschaft“ war eine kombinierte Festnetz- und Mobilfunk-Stichprobe: Die Festnetz-Stichprobe wurde aus der Gesamtheit der deutschen Wahlberechtigten gezogen, die in Privathaushalten leben und dort über eine Festnetznummer (Nummer mit Ortsvorwahl) telefonisch erreichbar sind. Für die Stichprobe wurde eine regional geschichtete, zweifach gestufte Zufallsauswahl verwendet. Die Zufallsauswahl der Haushalte erfolgte proportional zur Zahl der Wahlberechtigten in den regionalen Schichten, dann wurde zufällig eine wahlberechtigte Person im Haushalt ausgewählt. Die Auswahlgrundlage des FGW-Stichprobensystems umfasst auch nicht im Telefonbuch eingetragene Haushalte, die prinzipiell über eine Festnetznummer telefonisch erreichbar sind. Basis sind die im Telefonbuch eingetragenen Privatnummern, bei denen die letzten drei Ziffern gelöscht und anschließend mit den Zahlen '000' bis '999' aufgefüllt wurden. Dieser Datenbestand wurde durch Hinzuziehung der Informationen der Bundesnetzagentur über die (Teil-)Belegung von Rufnummernblöcken und des Branchenverzeichnisses kritisch geprüft und entsprechend bereinigt. Die Mobilfunk-Stichprobe erfolgte über eine Zufallsauswahl auf Basis der Gesamtheit der möglichen Handynummern. Die so ermittelten Handynummern bildeten die Brutto-Personen-Stichprobe der Umfrage.

Für die Kombination der Festnetz- und Mobilfunkstichprobe wurden die beiden Stichproben nach dem Dual-Frame-Ansatz zusammengewichtet. Hierfür wurden die designbedingten Unterschiede in den Auswahlwahrscheinlichkeiten (Anzahl der Festnetz- und Mobilfunknummern, über die man erreichbar ist; Anzahl der Personen, die über die Festnetz- bzw. Mobilfunknummer erreichbar sind) korrigiert. In einem letzten Schritt erfolgte eine Korrektur der Ausfälle durch Anpassung der Strukturen der Stichprobe an die Strukturen der Grundgesamtheit. Die Sollverteilungen für Geschlecht, Alter und Bildung sind dem Mikrozensus und der repräsentativen Wahlstatistik entnommen. Nach Gewichtung und der anschließenden Korrektur für die Überquotierung Ost ergeben sich 1.295 Fälle.

Die gewichtete Umfrage ist unter Berücksichtigung der wahrscheinlichkeitstheoretischen Grundlagen von Stichproben repräsentativ für die wahlberechtigte Be-

völkerung Deutschlands. Da es sich um eine Zufallsstichprobe handelt, kann für jedes Stichprobenergebnis ein Vertrauensbereich angegeben werden, innerhalb dessen der wirkliche Wert des Merkmals in der Gesamtheit mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit liegt. Unter Berücksichtigung des Stichprobendesigns und des Gewichtungsmodells ergeben sich bei einem Stichprobenumfang von $n = 1.250$ folgende Vertrauensbereiche: Bei einem Anteilswert von 40% liegt der wahre Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zwischen 37,0% und 43,0%. Beträgt die Merkmalsausprägung 10%, so liegt der wahre Wert zwischen 8,0% und 12,0%.

Kurzportrait
FGW Telefonfeld GmbH, Mannheim

Die Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH existiert seit 1994. Damals wurde das Telefonstudio der Forschungsgruppe Wahlen e.V. in eine eigenständige Firma ausgegründet. Seither ist die FGW Telefonfeld GmbH als Feldinstitut für alle Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen und i p o s zuständig. Daneben entwickelte sich die FGW Telefonfeld GmbH im Laufe der Jahre zu einem Full-Service-Institut für quantitative Umfragen sowohl im Bereich der Sozialforschung als auch der Marktforschung und ist dort für eine Vielzahl von Auftraggebern tätig.

Mehr als 300 sorgfältig geschulte Interviewerinnen und Interviewer arbeiten für die FGW Telefonfeld GmbH. Das moderne Telefonstudio in Mannheim verfügt über 140 computergestützte Telefonarbeitsplätze (CATI). Bei den telefonischen Umfragen kommen selbst erstellte, regional geschichtete Stichproben zum Einsatz, die die gleichen Qualitätskriterien erfüllen müssen wie die für Hochrechnungen benutzten Stichproben. Sowohl die Auswahl der Haushalte als auch die Auswahl der zu befragenden Personen erfolgt dabei immer streng nach dem Zufallsprinzip, da nur so repräsentative Ergebnisse erzielt werden können.

FGW Telefonfeld GmbH
68161 Mannheim • N7, 13-15
Tel. 0621/1233-0 • Fax: 0621/1233-199
www.forschungsgruppe.de
info@forschungsgruppe.de

Amtsgericht Mannheim HRB 6318
Geschäftsführer: Matthias Jung, Andrea Wolf